



Institut für  
Wirtschaftsforschung  
Halle

# Wirtschaft im Wandel

7-8/2001

07.06.2001, 7. Jahrgang

Aktuelle Trends

*Steffen Hentrich*

Umweltschutz durch Dosenpfand? – ein Kommentar

*Hans-Ulrich Brautzsch/Brigitte Loose/Udo Ludwig*

Trotz weltweiter Konjunkturschwäche verstärkt sich  
das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen  
Produktion in Ostdeutschland etwas

*Joachim Ragnitz*

Produktivitätsrückstand der ostdeutschen Wirtschaft:  
Eine zusammenfassende Bewertung

*Martin T. W. Rosenfeld*

IWH-Thesen zur regionalen Strukturpolitik der EU  
in der Diskussion – Bericht über einen Brüsseler  
„Round Table on Regional Policy in Europe“

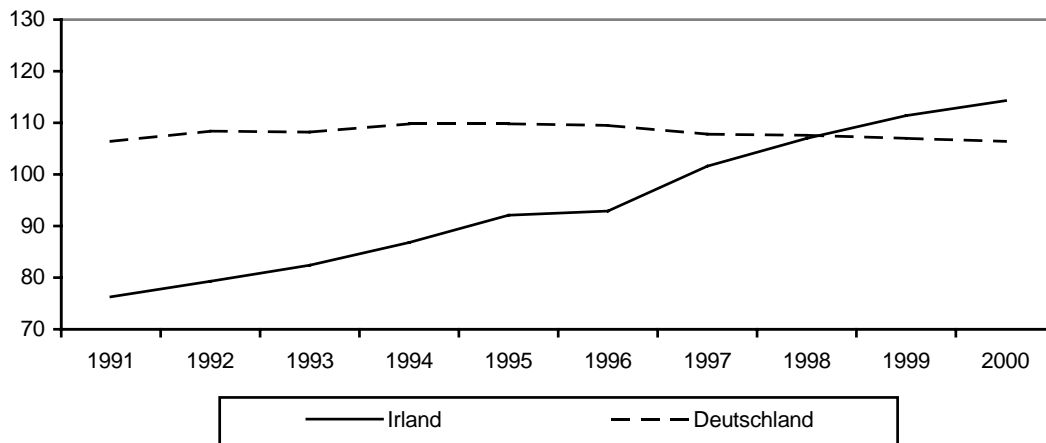
*Brigitte Loose*

IWH-Baumfrage im April 2001

## Aktuelle Trends

### Irland – Modell für zukünftige EU-Beitrittsländer?

– Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner in Irland und in Deutschland –  
EU-15 = 100, gemessen in Kaufkraftparitäten



Quelle: Europäische Kommission, Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen; Berechnungen des IWH.

Der Befund ist eindeutig: Irland hat seine Produktion in beispielhafter Weise steigern können. Heute hat Irland das Produktivitätsniveau Westdeutschlands. Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner liegt sogar 8% über dem gesamtdeutschen. Des Weiteren sank die Arbeitslosenquote von 15,3% (1993) auf 4,3% (2000).

Sicherlich haben mehrere Faktoren den irischen Aufholprozess bewirkt, doch die hohen ausländische Direktinvestitionen – vornehmlich aus den USA – sind der Motor dieser Entwicklung. Mittlerweile werden 30% des irischen Bruttoinlandsproduktes durch Unternehmen erwirtschaftet, die sich in ausländischem Besitz befinden und Irland als Produktionsstandort nutzen, um den europäischen Markt zu beliefern.

Irland hat konsequent Investoren ins Land gelockt: Geringe Steuersätze, gut ausgebildete Arbeitskräfte sowie allgemein niedrige Löhne ermöglichen den Investoren überdurchschnittliche Renditen. Transparente Regulierungsvorschriften sowie ein sozialer Konsens über die investorenfreundliche Politik tragen überdies zu dem guten Ruf Irlands als Produktionsstandort bei. So orientieren sich die im Rahmen eines nationalen Stabilitätspakts ausgehandelten Tarifabschlüsse auch nicht an der Produktivität der ausländischen Unternehmen, sondern beachten die Lohnstückkosten in den traditionell irischen Unternehmen. Zudem beruht die Attraktivität Irlands, insbesondere aus amerikanischer Sicht, auf fehlende Sprachbarrieren sowie ohnehin vorhandene historische und kulturelle Verbindungen.

Die positiven Impulse der ausländischen Unternehmen auf die Produktivität, die Steuerbasis und die verfügbaren Einkommen führten zu einer sich selbst verstärkenden positiven Entwicklung. Die öffentliche Verschuldung wurde abgebaut, aufgrund der breiteren Steuerbasis konnten trotzdem die finanziellen Anreize für die Unternehmen weiter verbessert werden. Die EU-Mittel, die Irland hauptsächlich aus dem Strukturfonds erhält, entsprechen jährlich etwa 2-3% des irischen Bruttoinlandsproduktes und geben somit einen weiteren Impuls.

Wo so viel Licht ist, gibt es auch Schattenseiten: Zum einen überzeichnet das ausgewiesene Bruttoinlandsprodukt die positive Entwicklung, denn durch die attraktive Steuerpolitik haben die Unternehmen Anreize, in anderen Ländern erwirtschaftete Gewinne nach Irland zu transferieren und dort zu versteuern. Generell fließt ein erheblicher Anteil der Unternehmensgewinne aus Irland wieder heraus. So kommt es, dass das Bruttosozialprodukt etwa 15% niedriger ausfällt als das Bruttoinlandsprodukt. Darüber hinaus warnen Kritiker vor einer zu starken Abhängigkeit Irlands von der angloamerikanischen Konjunktur und bemängeln die zunehmenden Einkommensunterschiede.

Das irische Beispiel macht Mut und weckt die Hoffnung, dass zukünftige EU-Mitgliedsstaaten einen analogen Aufholprozess vollziehen können. So ließe sich die erfolgreiche Politik Irlands, exportorientierten Unternehmen durch die Subventionierung von Investitionen anzulocken, auch auf andere Länder übertragen. Den Iren ist es damit gelungen, eine technologieintensive Branchenstruktur (mit Schwerpunkten in den Bereichen: Elektrotechnik, Pharmazeutische Industrie, Softwareproduktion, Finanzdienstleistungen) zu entwickeln. Demgegenüber ist fraglich, ob sich eine ähnliche Niedriglohnstrategie auch in anderen Ländern durchhalten lässt.

Gerald Müller (gmr@iwh-halle.de)

## Kommentar

### Umweltschutz durch Dosenpfand?

Das Bundeskabinett billigte am 2. Mai eine Verordnung, die für Dosen und Einwegflaschen ab Januar 2002 ein Pfand von bis zu 50 Cents vorsieht. Bereits im Jahre 1991 wurde diese Sanktion für eine wiederholte Verletzung der Mindestquote für Mehrweggetränkeverpackungen von 72% beschlossen. Konzentriert sich die gegenwärtige Kontroverse vor allem auf die zusätzliche Kostenbelastung des Einzelhandels, rückt die Frage nach der Schutzfunktion des Einwegpfands für das von der Bundesregierung aus ökologischen Erwägungen favorisierte Mehrwegsystem eher in den Hintergrund.

Wissenschaftliche Untersuchungen weisen darauf hin, dass diese Schutzfunktion nicht so sicher ist, wie es sich die Väter dieser Regelung seinerzeit vorstellten. Vielmehr sind die Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen Einweg- und Mehrwegsystemen unbestimmt. Angesichts der vorhandenen Rationalisierungspotenziale sowie unter Berücksichtigung der Erlöse aus Zinsen und nicht eingelösten Pfänden dürfte die Bepfandung und Rücknahme von Einwegverpackungen für den Einzelhandel nahezu kostenneutral realisierbar sein. Daher sind keine spürbaren Preissteigerungen im Einwegbereich zu erwarten. Auch die Verbraucherreaktionen sind unsicher. Zwar fällt mit dem Pfand ein Vorteil der Einwegverpackung weg, doch bleibt die Wahl der Konsumenten zwischen Einweg- und Mehrwegverpackungen von den aktuellen Preisverhältnissen abhängig. Bei Getränkesorten, die in Mehrwegflaschen billiger als in Einweggebinden sind, ist ein Zuwachs der Mehrwegnachfrage wahrscheinlich. Im umgekehrten Fall besteht aber die Gefahr, dass Kunden, die bislang aus Umweltgründen Mehrwegflaschen vorzogen, nun auf Einwegflaschen setzen. Da das Pfand eine ökologische Gleichwertigkeit signalisiert, dürften die Bequemlichkeitsvorteile vieler Einwegflaschen nachfrageentscheidend wirken. Aber auch ein Mehrwegzuwachs kann ökologische Tücken haben, wenn etwa im „Unterwegs- und Freizeitbedarf“ trotz der Pfandpflicht keine Rückgabe der Mehrwegflaschen erfolgt. Dann besteht das Risiko, dass deren an eine hohe Umlaufzahl gebundenen ökologischen Vorteile verloren gehen. Unerwünschte Folgen der Pfanderhebung sind auch auf der Einzelhandelsebene zu befürchten. So könnte ein Umstieg auf Einwegflaschen wegen des relativ geringeren Personalbedarfs, der Verkaufsfläche schaffenden Platzersparnis und logistischer Vorteile interessant werden. Zudem lohnen sich neue Rücknahmeautomaten nur bei ausreichender Auslastung. Somit ist das Pflichtpfand auch in ökonomischer Hinsicht eine fragwürdige Lösung. Eine Verlagerung der Sammlung und Sortierung der Einwegverpackungen vom Dualen System auf die Handelsebene bedeutet, bestehende Kapazitäten zu entwerten, während gleichzeitig neue Rücknahmesysteme geschaffen werden müssen. Schließlich dürfte der oft betonte Beitrag des Einwegpfands zur Minderung der Landschaftsvermüllung angesichts des nur sechsprozentigen Anteils der Getränkeverpackungen am unkontrolliert entsorgten Abfall eher bescheiden ausfallen.\* Eine volkswirtschaftlich vorteilhafte Kosten-Nutzen-Relation ist daher eher unwahrscheinlich.

Zur Sicherung der Mehrwegquote dürfte von Einwegabgaben oder -lizenzen eine höhere ökologische Treffsicherheit und ökonomische Effizienz zu erwarten sein. Die Abgabe stärkt das Mehrwegsystem, indem sie ökologisch bedenkliche Einwegverpackungen selektiv verteuert. Bei einem Lizenzsystem käme eine höhere Zielgenauigkeit hinzu, da die Zahl der abgegebenen Lizenzen die Verpackungsmenge limitiert, womit das System resistent gegen ökologisch kontraproduktive Wirkungsbrüche ist. Kritisch sind dagegen die derzeit oft favorisierten freiwilligen Selbstverpflichtungen der Industrie zur Stützung des Mehrwegsystems zu beurteilen. Deren ökologische Effektivität hängt von einem glaubwürdigen staatlichen Sanktionspotenzial ab, das angesichts der Erfahrung mit der Pflichtpfanddrohung kaum gegeben ist. Zudem besteht auf Unternehmensebene der Anreiz, eine Trittbrettfahrerposition zu Lasten des Branchenziels einzunehmen.

Geringe Beachtung findet indes die fundamentale Kritik vieler Umweltökonominnen an der Mehrwegquote. Sie ist nicht das Resultat eines durch Ökobilanzen gesicherten Abwägungsprozesses, sondern ein politisches Datum, das auf der pauschalen Annahme der ökologischen Überlegenheit des Mehrwegsystems beruht. Zwar attestieren neuere wissenschaftliche Untersuchungen Mehrwegverpackungen in vielen Fällen diese Eigenschaft, etwa gegenüber Einwegglasflaschen und Dosen, weisen aber gleichzeitig darauf hin, dass eine ökologische „Schwarz-Weiß-Malerei“ obsolet ist. Vielmehr hängt die relative Umweltbewertung von den getränkespezifischen Konkurrenzmaterialien für Einwegverpackungen, der Transportentfernung, der Umlaufhäufigkeit der Mehrwegverpackungen und dem jeweiligen Entsorgungsweg ab. Einen Selektionsmechanismus, der sicherstellt, dass die jeweils umweltverträglichste Verpackungsform zum Einsatz kommt, bieten Instrumente, die lediglich die Mehrwegquote stützen, nicht.

*Steffen Hentrich (shh@iwh-halle.de)*

\* Vgl. Arbeitsgemeinschaft Verpackung und Umwelt (AGVU), Pressemitteilung v. 16.11.2000.

## Trotz weltweiter Konjunkturschwäche verstärkt sich das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Ostdeutschland etwas

*Seit einiger Zeit verbreitet sich die Ansicht: Ostdeutschland stehe auf der Kippe. Das schwache Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in den letzten Jahren und die Verstetigung der hohen Unterbeschäftigung scheinen dies für die Wirtschaft zu bestätigen. Zwar ruht vor diesem Hintergrund der Aufholprozess seit vier Jahren, der Aufbauprozess hat sich aber fortgesetzt. Im konjunkturellen Spitzenjahr 2000 standen das Verarbeitende Gewerbe nicht, und die Unternehmensdienstleister nur wenig hinter dem Wachstum in Westdeutschland zurück. Die Fortschritte im Aufbauprozess werden jedoch seit Mitte der neunziger Jahre von den anhaltenden Korrekturen im überdimensionierten Baugewerbe und Staatssektor überlagert.*

*In diesem Jahr wird sich trotz Abkühlung des konjunkturellen Umfeldes das Wachstum der ostdeutschen Wirtschaft im Sog der nachfrageinduzierten Impulse aus der Senkung der Steuertarife verstärken. Dafür sprechen die überdurchschnittlich hohe Orientierung auf die Inlandsmärkte in Deutschland und die verbesserte Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Unternehmen. Die Wertschöpfung der Unternehmen wird laut IWH-Prognose um 2,5% zulegen, das Bruttoinlandsprodukt um 1,5%. Infolge der abklingenden Dämpfung vom schrumpfenden Baugewerbe und der wieder stärker anziehenden Auslandsnachfrage wird das Bruttoinlandsprodukt im nächsten Jahr mit zwei Prozent wachsen.*

*Die Lage auf dem Arbeitsmarkt bleibt angespannt. Die Zahl der Erwerbstätigen ist leicht rückläufig, auf dem ersten Arbeitsmarkt stabilisiert sie sich aber. Die Arbeitslosigkeit erhöht sich dennoch nicht, sondern sinkt sogar, da das Arbeitsangebot vor allem aus demografischen Gründen zurückgeht.*

*Zur Verstetigung des Wachstums in Ostdeutschland sollten Bund, Länder und Kommunen nicht in ihren Bemühungen nachlassen, in die Infrastruktur zu investieren. Wichtig für die Attraktivität des Standortes bleiben darüber hinaus Lohnsteigerungen in den Unternehmen, die unter dem Produktivitätsanstieg liegen. Der Anstieg der Lebenshaltungskosten infolge der anhaltend hohen Ölpreise und der Tierseuchen sollte im Interesse der Beschäftigungssicherung durch die Tarifparteien hingenommen werden.*

Tabelle 1:

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Ostdeutschland (ohne Berlin)

	2000	2001	2002
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Bruttoinlandsprodukt, real	1,1	1,5	2,0
darunter:			
Verarbeitendes Gewerbe	8,3	6,5	7,0
Baugewerbe	-9,7	-7,5	-4,0
Dienstleistungen o. Staat	3,6	4,0	3,7
	in 1 000 Personen		
Erwerbstätige (Inland) <sup>a</sup>	5 874	5 844	5 855
Unterbeschäftigte <sup>a</sup>	1 739	1 708	1 706
darunter:			
Arbeitslose	1 244	1 240	1 210
Arbeitslosenquote in %	17,2	17,2	16,8

<sup>a</sup> Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder und Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Stand: März 2001); Prognose des IWH.

### Aufbauprozess durch Sonderentwicklungen überlagert

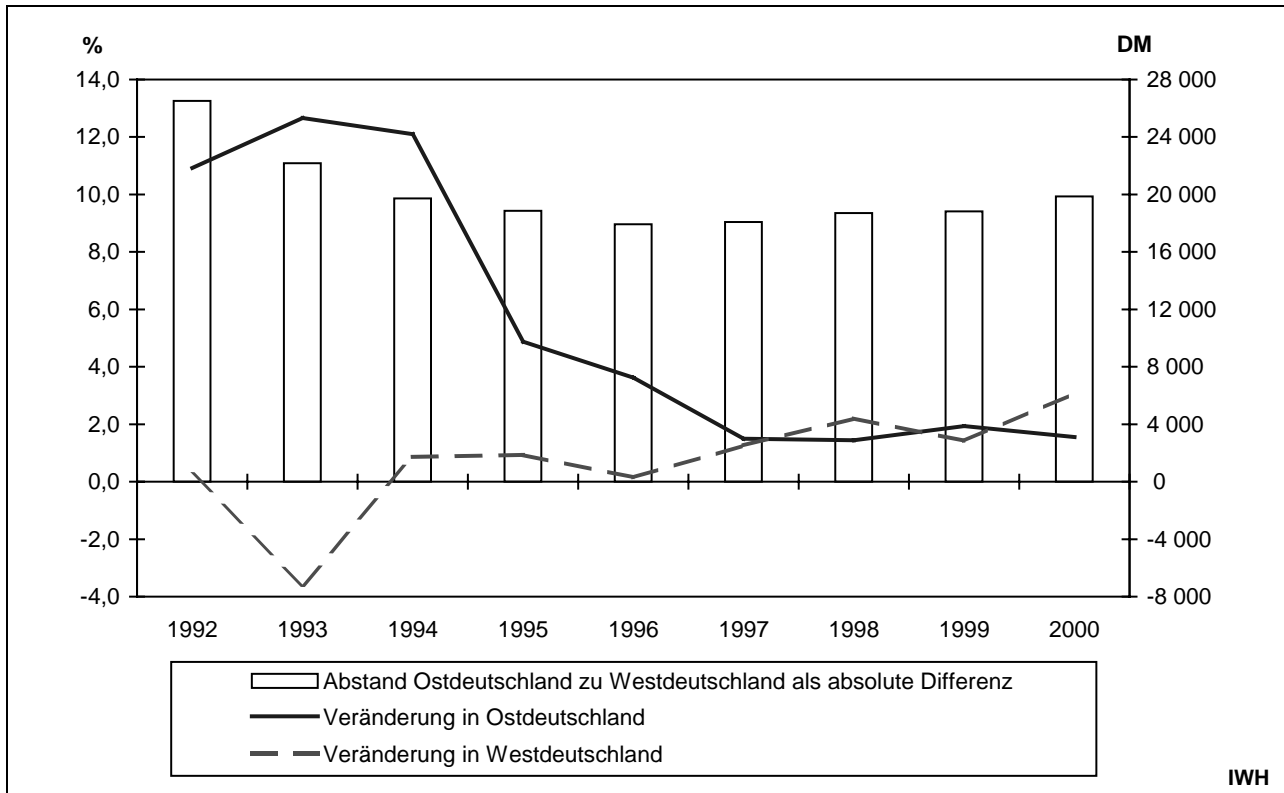
Im vergangenen Jahr ist die gesamtwirtschaftliche Produktion in den neuen Ländern mit mageren 1,1% erneut nur wenig gestiegen. Bei 3,3% Wachstum im Westen Deutschlands und 3,4% im Euroraum vermuten darin viele eine Abkoppelung vom äußerst günstigen konjunkturellen Umfeld im Jahr 2000 und einen Rückschlag im Transformationsprozess der ostdeutschen Wirtschaft. Infolge des schwächeren Wachstums hat sich in der Tat der Rückstand Ostdeutschlands gegenüber Westdeutschland in der Pro-Kopf-Produktion seit 1997 nicht mehr verringert, sondern ist im Jahr 2000 sogar wieder größer geworden.

Bei dieser Gesamtsicht bleibt verborgen, dass sich der Aufbauprozess in einigen ostdeutschen Wirtschaftsbereichen auch im Jahr 2000 mit kräftigen Wachstumsraten fortgesetzt hat. Nicht er prägt jedoch die Höhe des Bruttoinlandsprodukts, sondern die Sonderentwicklungen im Baugewerbe und im Staatssektor haben ihn ein weiteres Jahr überlagert. Klammert man nämlich diese Bereiche aus der Wachstumsanalyse aus, so hat sich die Wertschöpfung ohne das Baugewerbe um 3,4%

Abbildung 1:

Reales Bruttoinlandsprodukt pro Kopf im Ost-West-Vergleich<sup>a</sup>

- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % und absolute Differenz in DM -



<sup>a</sup> Ostdeutschland und Westdeutschland jeweils ohne Berlin.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: März 2001); Berechnungen des IWH.

und ohne das Baugewerbe und den Staat um 4,5% erhöht.<sup>1</sup> Die Anpassung des überdimensionierten Bausektors an ein langfristig tragfähiges Niveau setzte sich mit einem Verlust an Wertschöpfung von fast 10% fort, und auch im personell überbesetzten Staatssektor verringerte sich die Wertschöpfung infolge des Beschäftigungsabbaus. Auf diese Sektoren mit Sonderentwicklungen entfiel rund ein Drittel der gesamtwirtschaftlichen Produktion.<sup>2</sup> Allein der Rückgang der Produktion im Baugewerbe ist verantwortlich für einen Wachstumsverlust der Gesamtwirtschaft von knapp zwei Prozentpunkten, einschließlich des Staatssektors sind es sogar fast drei.

Das wirtschaftliche Wachstum in Ostdeutschland war außerhalb der Bereiche mit Sonderentwicklung in allen Jahren des vergangenen Jahr-

zehnts stärker als in Westdeutschland. Im konjunkturellen Spitzenjahr 2000 lagen die westdeutschen Unternehmen allerdings etwa gleichauf. Wegen ihrer hohen Exportorientierung profitierten sie etwas mehr vom weltweiten wirtschaftlichen Aufschwung als die Unternehmen in Ostdeutschland. Die Beschleunigung des Wachstums fiel im Osten schwächer aus.<sup>3</sup>

Die ostdeutsche Wirtschaft ist gewachsen, weil die Unternehmen die kräftigen Nachfrageimpulse vom konjunkturellen Umfeld aufgenommen und ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessert haben. Die Produktivität je Erwerbstätigen hat sich rechnerisch im Durchschnitt aller Unternehmen um 4,2% erhöht, zur Hälfte allerdings durch den Abbau von Beschäftigung. Die Arbeitskosten je abhängigen Beschäftigten sind wegen der zurückhaltenden Lohnsteigerungen nur um 1,5% gestiegen, sodass die Lohnstückkosten um 2,6% gefallen und

<sup>1</sup> Diese Angabe markiert eine untere Grenze für die Wachstumsbereiche der Wirtschaft im engeren Sinne, da sie auch die Multiplikatorwirkung der Sonderentwicklungen auf die übrige Wirtschaft enthält.

<sup>2</sup> Das Ausmaß dieses Segments der Gesamtwirtschaft lässt sich nicht genau beziffern, da der Sektor Staat im ESVG zusammen mit den privaten Dienstleistern erfasst wird.

<sup>3</sup> Eine Übersicht zum aktuellen Datenstand der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland befindet sich im Anhang Tabelle A1.

zuletzt bei 107% des Standes in Westdeutschland angelangt sind.<sup>4</sup>

Tabelle 2:

Reale Bruttowertschöpfung in Ostdeutschland (ohne Berlin) nach Wachstumssegmenten  
- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % -

Segment	1998	1999	2000
Bruttoinlandsprodukt	1,0	1,4	1,1
<i>Nachrichtlich:</i> Westdeutschland (o. Berlin)	2,3	1,6	3,3
Bruttowertschöpfung insg.	1,4	1,6	1,7
Bruttowertschöpfung ohne Baugewerbe	3,5	2,5	3,4
Bruttowertschöpfung ohne Baugewerbe und Staat <sup>a</sup>	5,4	3,6	4,5
<i>Nachrichtlich:</i> Westdeutschland (o. Berlin)	3,3	2,6	4,9

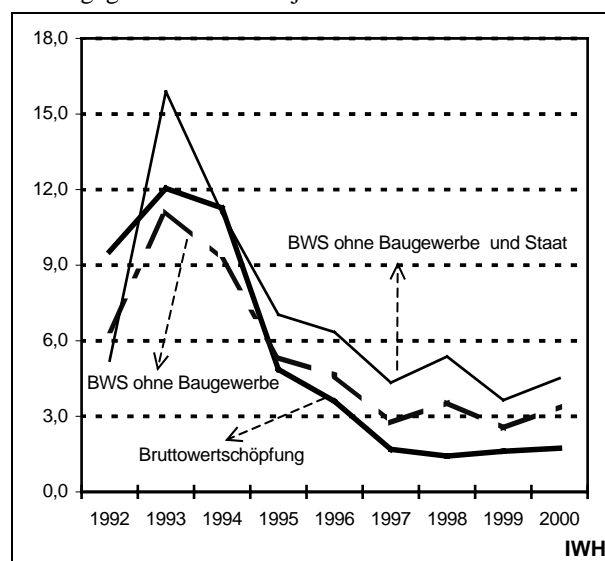
<sup>a</sup> Staat einschließlich der privaten Dienstleister.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: März 2001);  
Berechnungen des IWH.

Abbildung 2:

Wachstum der Bruttowertschöpfung in Ostdeutschland (ohne Berlin)

- in % gegenüber dem Vorjahr -



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: März 2001);  
Berechnungen des IWH.

<sup>4</sup> Die Durchschnittsgrößen pro Kopf beziehen sowohl bei der Produktivität als auch bei den Arbeitskosten ungewichtet die geringfügig Beschäftigten ein, deren Arbeitsleistung weit unter der von Normalzeitbeschäftigten liegt. Die Angleichung an Westdeutschland wird dabei etwas überzeichnet, da der Anteil geringfügig Beschäftigter an der Erwerbstätigenzahl dort größer ist. Vgl. BRAUTZSCH, H.-U.: Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse: hohe Kopfzahl, geringes Arbeitsvolumen, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 6/2001, S. 154.

Der Beschäftigungsabbau im Bereich der Unternehmen hat die prekäre Lage am Arbeitsmarkt verschärft. Allerdings fand der Arbeitsplatzabbau vor allem im Baugewerbe statt. Ohne ihn war die Beschäftigung in der Gesamtheit der Unternehmen nur um 0,4% rückläufig. Die Arbeitsproduktivität hat sich nach dieser Rechnung um 4,9% erhöht, auch ohne den Beschäftigungsabbau blieb damit der Produktivitätsanstieg mit 4,5% kräftig. Die Lohnstückkosten sind bei leichtem Anstieg des Arbeitnehmerentgelts pro Kopf um 3,2% gesunken.

Tabelle 3:

Produktion, Beschäftigung und Lohnstückkosten in den Unternehmen<sup>a</sup> der neuen Länder<sup>b</sup>

	1998	1999	2000	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %		Niveau ABL = 100	
Bruttowertschöpfung <sup>c</sup>	2,1	2,2	2,1	11,8
Beschäftigung	-0,1	-0,3	-2,0	17,8
Produktivität <sup>d</sup>	2,1	2,5	4,2	66,3
Arbeitskosten <sup>e</sup>	0,9	1,0	1,5	71,0
Lohnstückkosten <sup>f</sup>	-1,2	-1,4	-2,6	107,1

<sup>a</sup> Unternehmen ohne sonstige private Dienstleister. – <sup>b</sup> Neue und alte Länder jeweils ohne Berlin. – <sup>c</sup> Bruttowertschöpfung in Preisen von 1995. – <sup>d</sup> Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in Preisen von 1995. – <sup>e</sup> Nominales Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Inland). – <sup>f</sup> Nominales Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Inland) in Relation zur realen Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: März 2001);  
Berechnungen des IWH.

Tabelle 4:

Reales Anlagevermögen<sup>a</sup> der Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) in Ostdeutschland<sup>b</sup>

- Zuwachs gegenüber Vorjahr in %; Preise von 1991 -

Jahr	Anlagen insg.	Ausrüstungen	Bauten
1998	5,6	8,2	3,9
1999	4,8	6,9	3,3
2000	4,6	6,5	3,2

<sup>a</sup> Angaben laut VGR vor Einführung des ESVG'95. – <sup>b</sup> Neue Länder und Berlin-Ost.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ifo Investoren- und Anlagevermögensrechnung; Berechnungen des IWH.

Bei moderatem Wachstum der Wertschöpfung und den nach wie vor bestehenden Wettbewerbsproblemen haben die Unternehmen ihre Produktionsmöglichkeiten ausgeweitet. Das Anlagevermögen im Unternehmensbereich hat sich sowohl bei Ausrüstungen als auch bei gewerblichen Bauten erneut erhöht, obwohl die Investitionen in neue

Bauten deutlich rückläufig waren. Die Investitionen in neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen blieben – wenn auch mit geringerem Tempo – aufwärts gerichtet.<sup>5</sup>

#### **Verarbeitendes Gewerbe setzt Wachstumskurs in etwas verhaltenem Tempo fort**

Die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands hat sich im vergangenen Jahr um 8,3% und damit stärker als in Westdeutschland (5,6%) erhöht. Die Wachstumsbeschleunigung gegenüber 1999 belegt, dass auch die Unternehmen aus Ostdeutschland am Exportboom im Jahr 2000 teilgenommen und Fortschritte hinsichtlich Marktfähigkeit und Akzeptanz ihres Güterangebots vor allem im Ausland erzielt haben. Bei nur wenig verringerter Beschäftigung nahm die Produktivität zu, und zwar fast doppelt so schnell wie im Vorjahr. Dies war auch ein wesentlicher Grund dafür, dass die Lohnstückkosten kräftig gesunken sind, was sich positiv auf die Ertragslage auswirkte.<sup>6</sup> Die Arbeitskosten haben sich nur moderat erhöht.

**Tabelle 5:**  
Produktion, Beschäftigung und Lohnstückkosten im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe<sup>a</sup>

	1998	1999	2000	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %		Niveau ABL = 100	
Bruttowertschöpfung <sup>b</sup>	5,5	3,3	8,3	8,0
Beschäftigung	1,1	-1,1	-0,1	12,2
Produktivität <sup>c</sup>	4,4	4,5	8,4	65,4
Arbeitskosten <sup>d</sup>	2,2	1,8	2,6	67,7
Lohnstückkosten <sup>e</sup>	-2,1	-2,6	-5,3	103,6

<sup>a</sup> Neue und alte Länder jeweils ohne Berlin. – <sup>b</sup> Bruttowertschöpfung in Preisen von 1995. – <sup>c</sup> Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in Preisen von 1995. – <sup>d</sup> Nominales Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Inland). – <sup>e</sup> Nominales Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Inland) in Relation zur realen Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: März 2001); Berechnungen des IWH.

Der Abstand zu Westdeutschland hat sich im Verarbeitenden Gewerbe weiter verringert: Bei der Produktivität wurden zwei Prozentpunkte aufge-

**Tabelle 6:**  
Inlands- und Auslandsumsatz der ostdeutschen Industrie<sup>a</sup>

- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -

Gütergruppe	1998	1999	2000	1. Vj. 2001	
				NBL	ABL
Inlandsumsatz	6,3	5,1	9,5	7,8	5,5
Vorleistungsgüter	7,4	5,7	15,0	7,1	8,9
Investitionsgüter	5,8	8,6	1,6	4,6	4,7
Gebrauchsgüter	11,5	3,5	6,7	7,2	-1,2
Verbrauchsgüter	4,2	1,3	7,5	12,0	0,6
Auslandsumsatz	33,9	10,3	29,0	26,3	13,3
Vorleistungsgüter	14,9	11,6	36,8	26,4	11,7
Investitionsgüter	71,4	11,3	23,9	26,3	16,2
Gebrauchsgüter	3,4	4,0	31,1	36,6	8,8
Verbrauchsgüter	5,2	1,4	17,5	22,1	5,8

<sup>a</sup> Betriebe von Unternehmen des Bereichs Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden sowie Verarbeitendes Gewerbe mit 20 Beschäftigten und mehr in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

**Tabelle 7:**  
Exportquoten der ostdeutschen Industrie<sup>a</sup>  
- Anteil des Auslands- am Gesamtumsatz in % -

Gütergruppe	1998	1999	2000	1. Vj. 2001	
				NBL	ABL
Vorleistungsgüter	16,3	17,1	19,6	23,0	32,9
Investitionsgüter	30,1	30,6	35,0	38,7	55,5
Gebrauchsgüter	15,3	15,4	18,3	19,3	32,8
Verbrauchsgüter	7,1	7,1	7,7	8,3	20,7
Insgesamt	17,9	18,7	21,3	23,9	38,9

<sup>a</sup> Betriebe von Unternehmen des Bereichs Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden sowie Verarbeitendes Gewerbe mit 20 Beschäftigten und mehr in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

holt, und der Nachteil bei den Lohnstückkosten gegenüber westdeutschen Wettbewerbern wurde um drei Prozentpunkte abgebaut. Dass es dennoch nicht zur Aufstockung der Beschäftigung gekommen ist, dürfte an den hohen Produktivitätsreserven der modernen Anlagen und den – trotz kontinuierlichen Abbaus – noch bestehenden Wettbewerbschwächen liegen. Sie finden ihren konzentrierten Ausdruck auf der Kostenseite in dem weiterhin höheren Niveau der Lohnstückkosten im Vergleich zur westdeutschen Industrie. Der Angleichungsstand bei der Produktivität betrug in realer Rechnung zuletzt rund 65%, die Lohnstückkosten lagen noch um knapp 4% über dem Vergleichswert in Westdeutschland. Das Etappenziel, bei den Lohn-

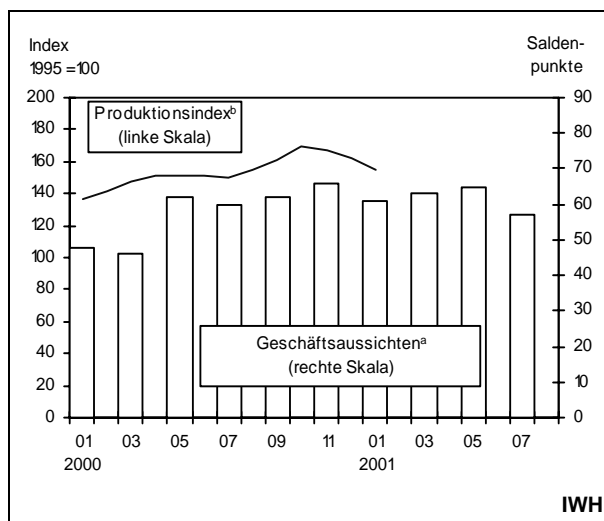
<sup>5</sup> Vgl. MÜLLER, A.: Verbesserte Produktionsmöglichkeiten bei unveränderten Absatzproblemen – Die Zeit in Ostdeutschland drängt, in: ifo Schnelldienst 3/2001, S. 32.

<sup>6</sup> Vgl. LUDWIG, U.; LASCHKE, B.: Ostdeutsche Industrieunternehmen gehen mit Optimismus in das Jahr 2001, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 3/2001, S. 60 f.

stückkosten mit Westdeutschland gleichzuziehen, befindet sich in Sichtweite.

Gestützt auf die kontinuierlich gestiegene Wettbewerbsfähigkeit besitzt das Verarbeitende Gewerbe in Ostdeutschland gute Voraussetzungen zur Fortsetzung des kräftigen Wachstums. Das konjunkturelle Umfeld trübt sich zwar in diesem Jahr ein, die Wirtschaftsforschungsinstitute gehen in ihrer Wachstumsprognose vom Frühjahr von rund 2% für Deutschland und 2,6% für den Euroraum aus.<sup>7</sup> Das Abflauen der Auslandsnachfrage wird aber die ostdeutsche Industrie wegen deren überwiegender Orientierung auf die Inlandsmärkte weniger treffen als die Industrie in Westdeutschland. Aus demselben Grund profitieren die ostdeutschen Unternehmen stärker als die westdeutschen von den – bislang allerdings schwachen – nachfrageinduzierten Impulsen aus der Senkung der Steuertarife im Rahmen der „Steuerreform 2000“.

Abbildung 3:  
Geschäftsaussichten des ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbes



<sup>a</sup> Differenz aus den Prozentanteilen der optimistischen und pessimistischen Erwartungen der befragten Unternehmen mit einem Vorlauf von vier Monaten. – <sup>b</sup> Nachrichtlich: Gleitender Drei-Monatsdurchschnitt der Produktionsindizes des Verarbeitenden Gewerbes.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Umfragen und Berechnungen des IWH (letzter Befragungsmonat: März 2001).

Darauf deuten die aktuellen amtlichen Angaben zu den Konjunkturindikatoren (vgl. auch Anhang: Übersicht 1), aber auch die Geschäftserwartungen der vom IWH befragten Unternehmen. So signalisieren der Produktionsindex, die Inlandsumsätze

und die Inlandsorder im ersten Quartal dieses Jahres vor allem bei den Ge- und Verbrauchsgüterproduzenten ein kräftiges Produktionswachstum. Laut IWH-Umfragen erwarten die Konsumgüterhersteller in Verbindung mit dem Anstieg der Nettoeinkommen aus den Steuererleichterungen steigende Käufe der privaten Haushalte. Diese Impulse werden aber zeitlich begrenzt wirken. Im späteren Verlauf dieses Jahres werden sie nachlassen. Dann setzt sich allmählich die Tempoverlangsamung bei der Auslandsnachfrage durch. Der derzeit noch kräftige Anstieg des Auslandsumsatzes, bei dem die Exportquote der ostdeutschen Industrie im ersten Vierteljahr 2001 ihr bisher höchstes Niveau von fast 24% des Gesamtumsatzes erreichte, wird abflachen.

Die vorübergehend anziehende Inlandskonjunktur wird – auf das Jahr hochgerechnet – nicht ausreichen, um im laufenden Jahr die erwartete Abschwächung der Nachfrageimpulse vom Ausland vollständig zu kompensieren. Im Jahr 2002 dürften allerdings die exportorientierten Unternehmen vor allem des Vorleistungs- und Investitionsgütergewerbes wieder stärker von den Impulsen aus dem Ausland profitieren. Die industrielle Wertschöpfung wird deshalb in diesem Jahr mit rund 6,5% verhaltener als im Vorjahr zunehmen, im nächsten Jahr wieder etwas stärker.

### **Baugewerbe: Nachfrageschwäche hält an**

Im Baugewerbe sind im Jahr 2000 Produktion und Beschäftigung mit 10 bzw. 8% erneut stark eingebrochen. Auslöser war der kräftige Rückgang der Nachfrage nach neuen Wohnbauten, der inzwischen alle Bausegmente – Mietwohnungen, selbstgenutzte Eigenheime und Bestandsmaßnahmen – erfasst hat. Zugleich verstärkte sich vor dem Hintergrund der noch großen Leerstände bei Gewerbeimmobilien die Kontraktion im Wirtschaftsbau. Für den öffentlichen Bau wurden von den Ländern und Kommunen weniger Mittel als im Jahr davor bereitgestellt, sodass auch hier die Nachfrage sank. Unter dieser Gesamtkonstellation gingen bei sinkender Pro-Kopf-Leistung und steigenden Arbeitskosten erneut Lohnkostenvorteile im Baugewerbe verloren.

Die derzeit verfügbaren amtlichen Frühindikatoren, wie Auftragseingänge und Baugenehmigungen (vgl. Anhang: Übersicht 2), sowie die IWH-Umfragen zur Geschäftsentwicklung signalisieren, dass sich die Talfahrt des Baugewerbes im Prognosezeitraum fortsetzen wird. Insbesondere bleibt die Nachfrage im Hochbau und dabei hauptsächlich im

<sup>7</sup> Vgl. DIW; HWWA; ifo; IfW; IWH; RWI: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2001, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 5/2001.



Tabelle 8:  
Produktion, Beschäftigung und Lohnstückkosten  
im ostdeutschen Baugewerbe<sup>a</sup>

	1998	1999	2000	
	Veränderung gegen- über Vorjahr in %			Niveau ABL = 100
Bruttowertschöpfung <sup>b</sup>	-10,5	-4,3	-9,7	32,1
Beschäftigung	-6,8	-5,0	-8,2	42,8
Produktivität <sup>c</sup>	-3,9	0,8	-1,7	75,1
Arbeitskosten <sup>d</sup>	-0,5	-0,6	0,6	76,0
Lohnstückkosten <sup>e</sup>	3,6	-1,4	2,3	101,2

<sup>a</sup> Neue und alte Länder jeweils ohne Berlin. – <sup>b</sup> Bruttowertschöpfung in Preisen von 1995. – <sup>c</sup> Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in Preisen von 1995. – <sup>d</sup> Nominales Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Inland). – <sup>e</sup> Nominales Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Inland) in Relation zur realen Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen.

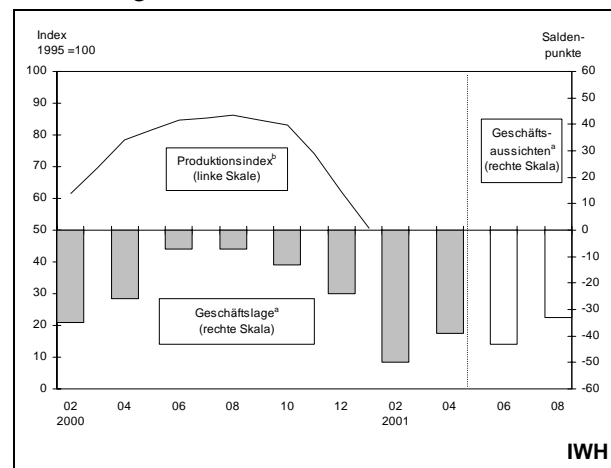
Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: März 2001); Berechnungen des IWH.

*Wohnungsbau* stark rückläufig. Sowohl im Geschoss- als auch im Einfamilienhausbau waren die Schrumpfungsraten – gemessen an der Zahl der erteilten Baugenehmigungen – bis zuletzt zweistellig. Dies ist vor allem unter dem Aspekt der raschen Ausweitung des Wohnungsbestandes in den frühen Aufbaujahren zu sehen, die zu erheblichen Angebotsüberhängen geführt hat. Investoren von neugebauten oder sanierten Wohnungen haben seit längerem Vermietungsprobleme oder müssen sich durch Mietabschläge an die Marktgegebenheiten anpassen. Das drückt die Renditen. Zudem nehmen zukünftig die Anreize für private Investoren im Mietwohnungsbau wegen der geringeren Steuersparnisse laut Steuersenkungsgesetz ab. Eine Tendenzumkehr ist auch nicht vom Eigenheimbau und den Maßnahmen zur Sicherung des Gebäudebestandes zu erwarten. Die Bauleistungen an bestehenden Gebäuden sinken wegen der verminderten Liquiditätsspielräume der Wohnungsunternehmen und privater Vermieter weiterhin. Die Einschnitte im Eigenheimbau nach der gesetzlichen Einschränkung des förderwürdigen Kreises der Haushalte klingen nur allmählich ab. Allerdings dürften sich in der rückläufigen Nachfrage nach Wohneigentum auch die Sättigung des Nachholbedarfs und das geänderte Wohnverhalten in der mobiler werdenden Gesellschaft zeigen. Insgesamt bleibt der Wohnungsbau deshalb stark abwärts gerichtet. Der Rückgang fällt in diesem Jahr mit 10% noch einmal kräftig aus, bei weiterhin niedrigen Kapitalmarktzinsen wird er sich im nächsten Jahr aber mit einer Rate von 3,0% deutlich ab-

schwächen, die Wohnungsbauinvestitionen fallen dann unter das westdeutsche Pro-Kopf-Niveau.

Im *gewerblichen Bau* wird – trotz anhaltender Rückgänge seit 1995 – immer noch ein beachtliches Investitionsniveau erreicht: Je Einwohner gerechnet, waren die investiven bzw. werterhöhenden Baumaßnahmen hier im Jahr 2000 noch um etwa zwei Drittel höher als in Westdeutschland. Der zum Jahresende 2000 nochmals leicht beschleunigte Rückgang der Baugenehmigungen im gewerblichen Bereich deutet darauf hin, dass weiterhin Kapazitätsüberschüsse an Gewerbeimmobilien bestehen, wohl stärker im Dienstleistungssektor als im produzierenden Bereich. So sind nach den Investitionsplänen der vom IWH befragten Industrieunternehmen für 2001 Impulse aus der bauliche Erweiterung zu erwarten. Insbesondere beabsichtigen Investitions- und Gebrauchsgüterproduzenten, die Investitionsausgaben für Bauten nach langjähriger Zurückhaltung zu erhöhen. Auch die Baugenehmigungen für Fabrik- und Werkstattgebäude deuten hier – bei rechnerischem Ausschluss der Saisoneinflüsse – auf eine gewisse Beruhigung im Abwärtstrend hin.

Abbildung 4:  
Geschäftslage und Geschäftsaussichten im ostdeutschen Baugewerbe



<sup>a</sup> Differenz aus den Prozentanteilen der optimistischen und pessimistischen Urteile der befragten Unternehmen, bei den Geschäftsaussichten mit einem Vorlauf von vier Monaten. – <sup>b</sup> Nachrichtlich: Gleitender Drei-Monatsdurchschnitt der Produktionsindizes des Bauhauptgewerbes.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Umfragen und Berechnungen des IWH (letzter Befragungsmonat: April 2001).

Wegen des geringen Gewichtes der Industrie in der Gesamtwirtschaft geht die Nachfrage nach gewerblichen Bauten im Jahr 2001 allerdings nochmals um 4,5% zurück, nach 6,3% im vergangenen Jahr. Im nächsten Jahr wird bei einem erneut kräf-

tigen Wachstum der ostdeutschen Industrie und des Dienstleistungsgewerbes die Entwicklung im Wirtschaftsbau mit einem Rückgang von 2,5% im Jahresdurchschnitt etwas weniger ungünstig verlaufen. Die Pro-Kopf-Investitionen werden aber immer noch um etwa 50% höher sein als in Westdeutschland.

Tabelle 9:  
Reale Bauinvestitionen in Ostdeutschland  
- Veränderung gegenüber Vorjahr in %; Preise von 1995 -

Jahr	Bauinvestitionen insgesamt	davon:	
		Wohn- bauten	Gewerbliche und Öffent- liche Bauten
1998	-7,9	-9,1	-6,7
1999	-1,3	-3,2	0,4
2000	-8,1	-10,5	-5,9
2001	-6,5	-10,0	-3,4
2002	-2,5	-3,0	-2,0

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

Die *öffentlichen Bauinvestitionen* werden mit 1,5% in diesem und 1% im nächsten Jahr leicht abnehmen. Maßgeblich hierfür ist die Einschränkung der Finanzierungsspielräume der Gemeinden infolge der Steuerreform. Dies kann durch die bislang bekannten zusätzlichen Infrastrukturmaßnahmen des Bundes nicht ausgeglichen werden. Das Investitionsniveau bleibt trotzdem mehr als doppelt so hoch wie in Westdeutschland.

Tabelle 10:  
Bauinvestitionen in Ostdeutschland pro Kopf der Bevölkerung  
- in jeweiligen Preisen; Alte Bundesländer = 100 -

Jahr	Bauinvestitionen insgesamt	davon:	
		Wohn- bauten	Gewerbliche und Öffent- liche Bauten
1998	153	121	205
1999	147	115	199
2000	135	103	186
2001	128	95	178
2002	124	92	171

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

Das Baugewerbe in Ostdeutschland verspürt die Nachfrageschwäche wegen der zunehmenden Bedeutung vor allem der Eigenleistungen der privaten Haushalte (einschließlich Nachbarschaftshilfe und

Schwarzarbeit im Wohnungsbau) etwas stärker als es die Investitionsprognose anzeigt. Im Sog des Nachfragefalls sinkt die Bruttowertschöpfung im Baugewerbe um rund 7,5% im laufenden Jahr und um 4,0% im Jahr 2002.

### **Dienstleistungsbereich: Aufwärtsbewegung bleibt**

Im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr ist die Bruttowertschöpfung im vergangenen Jahr nur um 1,5% gestiegen. Hier hat die kraftlose Binnennachfrage sogar einen Rückgang der Beschäftigung um 1% ausgelöst. Dies schlug sich rechnerisch infolge des – gegenüber den Pro-Kopf-Arbeitsentgelten – stärkeren Produktivitätswachstums in einer Verringerung der Lohnstückkosten nieder. Gemessen am westdeutschen Vergleichswert lagen sie allerdings immer noch auf dem extrem ungünstigen Niveau von 1995.

Der Aufwärtstrend wird in diesem Jahr deutlichere Konturen zeigen, da Impulse aus der „Steuerreform 2000“ auf die Konsumgüterkäufe der privaten Haushalte zu erwarten sind. Dies wird nicht nur den Produzenten von Konsumgütern, sondern auch dem Handel und Gastgewerbe zugute kommen.

Tabelle 11:  
Produktion, Beschäftigung und Lohnstückkosten im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr<sup>a</sup>

	1998	1999	2000	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %		Niveau ABL = 100	
Bruttowertschöpfung <sup>b</sup>	3,6	2,7	1,5	11,7
Beschäftigung	1,4	1,6	-1,0	17,5
Produktivität <sup>c</sup>	2,2	1,0	2,6	66,9
Arbeitskosten <sup>d</sup>	-0,1	1,7	1,0	77,4
Lohnstückkosten <sup>e</sup>	-2,2	0,7	-1,6	115,8

<sup>a</sup> Neue und alte Länder jeweils ohne Berlin. – <sup>b</sup> Bruttowertschöpfung in Preisen von 1995. – <sup>c</sup> Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in Preisen von 1995. – <sup>d</sup> Nominales Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Inland). – <sup>e</sup> Nominales Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Inland) in Relation zur realen Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: März 2001); Berechnungen des IWH.

Der Wirtschaftsbereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ profitierte wegen seiner Binnenorientierung weniger als das Verarbeitende Gewerbe vom kräftigen exportgetriebenen Aufschwung in Deutschland im vergangenen Jahr. Er expandierte mit 5% in ähnlich hohem Maße wie 1999. Da der Personalaufbau deutlich schwächer als das Produktionswachstum

ausfiel, konnte die Produktivitätslücke gegenüber den alten Ländern hier um drei Prozentpunkte verkleinert werden. Der Rückstand gegenüber Westdeutschland betrug damit im vergangenen Jahr immer noch 30%. Die Lohnkostenbelastung der Wertschöpfung verminderte sich gegenüber dem westdeutschen Durchschnitt um 4 Prozentpunkte und überschreitet diesen nur noch um rund ein Zehntel.

Tabelle 12:

Produktion, Beschäftigung und Lohnstückkosten im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister<sup>a</sup>

	1998	1999	2000	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %		Niveau ABL = 100	
Bruttowertschöpfung <sup>b</sup>	7,2	5,0	5,0	10,5
Beschäftigung	6,5	5,2	2,3	15,0
Produktivität <sup>c</sup>	0,7	-0,2	2,6	69,9
Arbeitskosten <sup>d</sup>	1,6	0,1	0,8	77,8
Lohnstückkosten <sup>e</sup>	0,9	0,3	-1,7	111,3

<sup>a</sup> Neue und alte Länder jeweils ohne Berlin. – <sup>b</sup> Bruttowertschöpfung in Preisen von 1995. – <sup>c</sup> Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in Preisen von 1995. – <sup>d</sup> Nominales Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Inland). – <sup>e</sup> Nominales Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Inland) in Relation zur realen Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: März 2001); Berechnungen des IWH.

Die konsumnahen Dienstleister in diesem Wirtschaftsbereich wie auch die Privaten aus dem Bereich öffentliche und private Dienstleister werden von der Kräftigung der Binnennachfrage in Deutschland profitieren. Allerdings wird die Gesamtentwicklung weiterhin durch die Kontraktion in den Vorleistungsbereichen der Bauwirtschaft und in der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft gedämpft.

Die Wertschöpfung der öffentlichen und privaten Dienstleister wird insgesamt nur moderat zunehmen. Einem weiteren – wenn auch abgeschwächten – Rückgang im öffentlichen Sektor wird ein geringer Zuwachs bei den privaten Dienstleistern gegenüberstehen.

### Gesamtwirtschaftlicher Ausblick 2001 und 2002

Alles in allem zeichnen neben dem Verarbeiten den Gewerbe vor allem die unternehmerischen Dienstleister dafür verantwortlich, dass sich die Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Unternehmen von der Kostenseite – nach zwei Jahren ohne Fortschritte – nun wieder dem westdeutschen Ni-

veau etwas angenähert hat. Einschließlich der öffentlichen Wirtschaft stieg die Produktivität um 3,3%, allerdings fast zur Hälfte durch Beschäftigungsabbau. Die Lohnstückkosten gingen in Ostdeutschland um rund zwei Prozentpunkte zurück. Sie übertreffen den westdeutschen Vergleichswert aber immer noch um 11,7%.

Tabelle 13:

Produktion, Beschäftigung und Lohnstückkosten in Ostdeutschland<sup>a</sup>

	1998	1999	2000	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %		Niveau ABL = 100	
Bruttowertschöpfung <sup>b</sup>	1,4	1,6	1,7	13,0
Beschäftigung	0,2	0,4	-1,5	18,9
Produktivität <sup>c</sup>	1,2	1,2	3,3	69,0
Arbeitskosten <sup>d</sup>	1,2	2,0	1,2	77,0
Lohnstückkosten <sup>e</sup>	0,0	0,8	-2,1	111,7

<sup>a</sup> Neue und alte Länder jeweils ohne Berlin. – <sup>b</sup> Bruttowertschöpfung in Preisen von 1995. – <sup>c</sup> Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in Preisen von 1995. – <sup>d</sup> Nominales Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Inland). – <sup>e</sup> Nominales Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Inland) in Relation zur realen Bruttowertschöpfung (in Preisen von 1995) je Erwerbstätigen.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: März 2001); Berechnungen des IWH.

Tabelle 14:

Reale Bruttowertschöpfung in Ostdeutschland<sup>a</sup>

- Veränderung gegenüber Vorjahr in %; Preise von 1995 -

	2000	2001	2002
Produzierendes Gewerbe	0,2	0,7	2,6
darunter:			
Verarbeitendes Gewerbe	8,3	6,5	7,0
Baugewerbe	-9,7	-7,5	-4,0
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	1,5	1,8	1,5
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	5,0	5,5	5,0
Öffentliche und private Dienstleister	0,8	0,5	0,4
Bruttowertschöpfung insgesamt	1,7	2,0	2,4
darunter:			
Unternehmen	2,1	2,5	3,1
Unternehmen ohne Bau	4,5	4,3	4,2
Bruttoinlandsprodukt	1,1	1,5	2,0

<sup>a</sup> Ohne Berlin.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: März 2001); Prognose des IWH.

Im Gefolge der Steuerreform wird die Inlandsnachfrage in Deutschland in diesem Jahr angeregt. Davon profitiert die stark binnenwirtschaftlich

## Kasten 1:

### **Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung**

Das Bruttoinlandsprodukt misst die gesamtwirtschaftliche Leistung einer Region zu Marktpreisen, die Bruttowertschöpfung erfasst sie laut dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen von 1995 zu Herstellungspreisen. Zwischen beiden Messgrößen liegt der Saldo aus Gütersteuern und Gütersubventionen sowie die unterstellte Bankgebühr. Die Rechenvorschrift lautet:

$$\begin{aligned} & \text{Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche} \\ & \text{./. Unterstellte Bankgebühr} \\ & + \text{Saldo aus Gütersteuern und Gütersubventionen} \\ & = \text{Bruttoinlandsprodukt} \end{aligned}$$

Von diesen Zwischengrößen überwiegt das Ausmaß des Saldos zwischen Gütersteuern und -subventionen. In den letzten drei Jahren machte der Saldo rund 10% des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland wie auch in den einzelnen Ländern und Regionen aus. Während er sich im vergangenen Jahr vor allem wegen der schwachen Binnenkonjunktur nominal noch moderat erhöht hat, ist er in realer Rechnung gesunken. Dies hat für das Jahr 2000 zu einer ungewöhnlich hohen Abweichung zwischen den Wachstumsraten der Bruttowertschöpfung und des Bruttoinlandsprodukts geführt. Sie wurde noch dadurch gemildert, weil die unterstellte Bankgebühr langsamer als in den Jahren davor gestiegen ist.

ausgelegte ostdeutsche Wirtschaft in besonderem Maße. Außerdem lässt die Dämpfung der gesamtwirtschaftlichen Produktion durch die Korrekturprozesse im Baugewerbe etwas nach. Das Wachstum der Bruttowertschöpfung in den Unternehmen legt deshalb zu, ohne das Baugewerbe bleibt es fast so kräftig wie im Vorjahr. Das Produzierende Gewerbe, in dem die gegenläufige Entwicklung zwischen Aufbauprozess und Sonderentwicklung besonders ausgeprägt ist, erhöht seinen Wachstumsbeitrag etwas. Im nächsten Jahr lassen die Impulse für die Inlandsnachfrage wieder nach. Die Auslandsnachfrage erholt sich allmählich und der Rückgang der Produktion im Baugewerbe schwächt sich weiter ab. Die Bruttowertschöpfung im Unternehmenssektor steigt dann nochmals

leicht. Für das Bruttoinlandsprodukt bedeutet dies bei fortgesetztem Personalabbau im öffentlichen Dienst eine Beschleunigung des Wachstums auf 1,5% in diesem und 2% im nächsten Jahr.

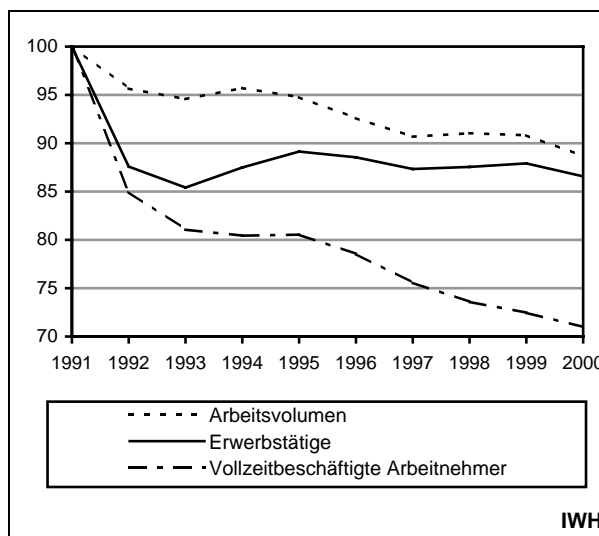
### **Keine Trendwende am Arbeitsmarkt**

Die Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt ist unverändert angespannt. Die Zahl der Erwerbstätigen in den ostdeutschen Flächenländern nahm

Abbildung 5:

Erwerbstätigkeit und Arbeitsvolumen von 1991 bis 2000 in Ostdeutschland

- 1991 = 100 -



Quellen: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Stand: März 2001); Autorenkollektiv: Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 2000 und 2001. in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 1/2001, S. 24.

Tabelle 15:

Entwicklung der Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftsbereichen in Ostdeutschland<sup>a</sup>

- Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in % -

	2000	2001	2002
Produzierendes Gewerbe	-4,3	-2,8	-0,8
darunter:			
Verarbeitendes Gewerbe	-0,1	0,6	1,0
Baugewerbe	-8,2	-8,2	-4,9
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	-1,0	-0,3	-0,3
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	2,3	4,0	3,7
Öffentliche und private Dienstleister	-0,4	-0,2	-0,2
Erwerbstätigkeit insgesamt	-1,5	-0,5	0,2

<sup>a</sup> Ohne Berlin.

Quellen: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Stand: März 2001); Berechnungen des IWH.

Tabelle 16:  
Eckdaten zum Arbeitsmarkt in Ostdeutschland (ohne Berlin)  
- Inländerkonzept -

	1998	1999	2000	2001	2002
	<i>in 1 000 Personen</i>				
Erwerbsfähige <sup>a</sup>	9 803	9 785	9 758	9 749	9 744
Erwerbstätige in Ostdeutschland (Inland)	5 940	5 965	5 874	5 844	5 855
Erwerbstätige in Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt	5 642	5 635	5 644	5 644	5 645
<i>Auspendler</i>	410	435	435	435	438
<i>Einpendler</i>	128	130	134	138	135
Erwerbstätige aus Ostdeutschland (Inländer)	6 222	6 270	6 175	6 141	6 158
Erwerbstätige aus Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt	5 924	5 940	5 945	5 941	5 948
Unterbeschäftigung <sup>b</sup>	1 839	1 826	1 739	1 708	1 706
<i>Arbeitslose</i>	1 256	1 227	1 244	1 240	1 210
<i>Arbeitslose nach §§ 125, 126 SGB III</i>	35	33	35	35	35
<i>Ausfall durch Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten</i>	17	12	12	9	9
<i>Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen<sup>c</sup></i>	298	330	230	200	210
<i>Teilnehmer an Beruflicher Weiterbildung in Vollzeitäquivalenten</i>	133	129	129	135	150
<i>Teilnehmer an Deutsch-Lehrgängen</i>	6	6	6	6	6
<i>Vorruheständler<sup>d</sup></i>	94	89	78	76	76
<i>Ausfall durch Altersteilzeit in Vollzeitäquivalenten</i>			5	7	10
Bezieher von Erziehungsgeld mit vorangehender Erwerbstätigkeit	46	47	48	50	50
Erwerbspersonenpotential <sup>e</sup> ohne Stille Reserve	7 792	7 801	7 715	7 683	7 685
	<i>in %</i>				
Erwerbsbeteiligungsquote <sup>f</sup>	79,5	79,7	79,1	78,8	78,9
Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt <sup>g</sup>	60,4	60,7	60,9	60,9	61,0
Erwerbstätigenquote insgesamt <sup>h</sup>	63,5	64,1	63,3	63,0	63,2
Unterbeschäftigungsquote <sup>i</sup>	23,6	23,4	22,5	22,2	22,2
Arbeitslosenanteil an der Unterbeschäftigung	70,2	69,0	73,5	74,6	73,0
Arbeitslosenquote <sup>k</sup>	17,2	16,8	17,2	17,2	16,8

<sup>a</sup> Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren. – <sup>b</sup> Summe aus den nachstehenden Kursivwerten. – <sup>c</sup> Einschließlich Strukturanpassungsmaßnahmen. – <sup>d</sup> Einschließlich der Arbeitslosen nach § 428 SGB III. – <sup>e</sup> Da Kurzarbeiter sowie Personen in Altersteilzeit bereits in der Zahl der Erwerbstätigen enthalten sind, wurde der Arbeitsausfall durch Kurzarbeit sowie Altersteilzeit in Vollzeitäquivalenten vom Erwerbspersonenpotential subtrahiert, um eine Doppelzählung zu vermeiden. – <sup>f</sup> Erwerbspersonenpotential ohne Stille Reserve in Relation zu den Erwerbsfähigen. – <sup>g</sup> Erwerbstätige im ersten Arbeitsmarkt in Relation zu den Erwerbsfähigen. – <sup>h</sup> Erwerbstätige im ersten und im zweiten Arbeitsmarkt in Relation zu den Erwerbsfähigen. – <sup>i</sup> Anteil der Unterbeschäftigung am Erwerbspersonenpotential ohne Stille Reserve. – <sup>k</sup> Anteil der Arbeitslosen an der Gesamtheit von erwerbstätigen Inländern im ersten Arbeitsmarkt (ohne Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten), Arbeitslosen und Personen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Stand: März 2001); Berechnungen des IWH; 2001 und 2002: Prognose des IWH.

im Jahr 2000 um etwa 90 000 Personen gegenüber dem Vorjahr ab. Das ist in erster Linie Ausdruck für die drastische Rückführung der Beschäftigung schaffenden Maßnahmen. So wurden mit der Einführung der Zielgruppenbindung zu Beginn des Vorjahres die Möglichkeiten zur Inanspruchnahme

von Lohnkostenzuschüssen stark eingeschränkt. Insgesamt nahm damit die Zahl der Erwerbstätigen in Beschäftigungsprogrammen um 100 000 Personen ab. Auf dem ersten Arbeitsmarkt nahm die Erwerbstätigkeit dagegen um 9 000 Beschäftigungsverhältnisse zu. Der größte Impuls kam da-

***Zum „infrastrukturellen Nachholbedarf“ der neuen Länder***

Im März 2000 haben fünf von den ostdeutschen Ministerpräsidenten beauftragte Wirtschaftsforschungsinstitute<sup>a</sup> Schätzungen über die Infrastrukturlücke Ostdeutschlands gegenüber Westdeutschland vorgelegt. Diese Schätzungen – die sich in einer Größenordnung von rund 300 Mrd. DM (in jeweiligen Preisen) bewegten – dienen den ostdeutschen Ländern seither als Argumentationshilfe in den laufenden Verhandlungen um eine Verlängerung des Solidarpaktes. Dabei geht es im Wesentlichen darum, in welcher Höhe die zunächst nur bis zum Jahre 2004 festgelegten Zahlungen des Bundes an die ostdeutschen Länder (Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen und Finanzhilfen nach IfG-Aufbau-Ost) weitergeführt werden sollen.

Kürzlich hat das DIW<sup>b</sup> eine aktualisierte Schätzung des infrastrukturellen Nachholbedarfs in den neuen Ländern vorgelegt, in der die Infrastrukturlücke auf nur noch 157 Mrd. DM beziffert wird. Der erhebliche quantitative Unterschied zu den früheren Angaben des DIW (280 Mrd. DM) wirft die Frage auf, welche Schätzung als realistischer anzusehen ist.

Tatsächlich hat das DIW keine neuen Berechnungen vorgelegt; vielmehr beruht der Unterschied zum einen auf einer verbesserten Datengrundlage, zum anderen auf eine gegenüber der früheren Publikation veränderten Abgrenzung der ausgleichsrelevanten Infrastrukturbereiche. Im Einzelnen liegen folgende Unterschiede vor:

1. Einbeziehung der nach kaufmännischen Kriterien buchenden kommunalen Unternehmen insbesondere im Bereich Ver- und Entsorgung und Verkehr in die Berechnungen. In den ersten Berechnungen waren diese Unternehmen aufgrund fehlender statistischer Informationen nicht vollständig enthalten. Da diese Unternehmen in Ostdeutschland vergleichsweise stark vertreten sind, reduziert sich die ausgewiesene Infrastrukturlücke der neuen Länder.
2. Ausgliederung von Wohnungswesen und Seehäfen in den neueren Berechnungen. Im Fall des Wohnungswesens ist dies dadurch begründet, dass dieser Sektor in der amtlichen Statistik als eigenständiger Sektor behandelt wird, im Fall der Seehäfen – die nur beim Vergleich der Stadtstaaten relevant sind – ist offenkundig, dass Berlin hierfür keine zusätzlichen Mittel beanspruchen kann.
3. Berücksichtigung auch derjenigen Bereiche, in denen Ostdeutschland einen Ausstattungsvorsprung besitzt. In der ersten Rechnung wurde nur diejenigen Infrastrukturkomplexe einbezogen, in denen ein Ausstattungsdefizit besteht.
4. Bemessung des infrastrukturellen Nachholbedarfs an den finanzschwachen (anstelle aller) westdeutschen Flächenländer.

(1) und (2) führen zusammengenommen dazu, dass der Nachholbedarf um 48 Mrd. DM niedriger ausgewiesen wird; (3) führt zu einer um 44 Mrd. DM, (4) zu einer um 41 Mrd. DM geringeren Bedarfsschätzung.

Während die vom DIW unter (1) und (2) vorgenommenen Anpassungen zum Teil als richtig angesehen werden können, gilt dies für (3) und (4) nicht. Es scheint daher angemessen, auch künftig von einer Infrastrukturlücke in den neuen Ländern in einer Größenordnung von knapp 250 Mrd. DM auszugehen. Angesichts der Unsicherheiten, mit denen derartige Schätzungen ohnehin verbunden sind, ändert sich damit an der Feststellung eines auch weiterhin hohen Finanzbedarfs der ostdeutschen Länder und Gemeinden nichts.

<sup>a</sup> Vgl. DIW; ifo; IWH; RWI; IfLS: Solidarpakt II – Infrastrukturelle Nachholbedarfe Ostdeutschlands, gemeinsame Zusammenfassung. Essen, <http://www.rwi-essen.de/presse/fg/finanzen/soli-2.pdf>.

<sup>b</sup> Vgl. DIW: Zum infrastrukturellen Nachholbedarf in Ostdeutschland, DIW-Wochenbericht 20/01. Berlin.

bei von den unternehmerischen Dienstleistern mit einer Aufstockung des Bestandes um 15 000 Personen. Im Baugewerbe ging der Personalbestand kräftig, im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr sowie im öffentlichen Dienst etwas zurück. Allerdings verdeckt der Blick auf die Kopffzahlen die Veränderung der dahinter liegenden Arbeitszeitstrukturen. Einem beachtlichen Rückgang der Vollzeitbeschäftigtenverhältnisse steht eine starke Zunahme von Teilzeitbeschäftigung und geringfügiger Beschäftigung gegenüber.

Diese Entwicklungen setzen sich im Großen und Ganzen im Verlauf des Jahres 2001 fort. Im Verarbeitenden Gewerbe wird allerdings mit einer Tendenzumkehr zum Beschäftigungsaufbau gerechnet, nachdem sie in den Betrieben von Unternehmen mit mindestens 20 Beschäftigten bereits stattgefunden hat. Insgesamt nimmt die Zahl der Erwerbstätigen in diesem Jahr nochmals um 30 000 Personen gegenüber dem Vorjahr ab. Dabei verbleibt die Zahl der Erwerbstätigen im ersten Arbeitsmarkt nahezu unverändert auf dem Niveau vom Vorjahr. Hingegen liegt die Zahl der in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen geförderten Personen um 30 000 deutlich unter Vorjahresstand. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird – trotz des Rückgangs der Erwerbstätigkeit – in diesem Jahr um etwa 4 000 Personen abnehmen. Dies ist durch die weitere Schrumpfung des Erwerbspersonenpotentials bedingt.

Im kommenden Jahr wird die Erwerbstätigkeit nicht mehr zurückgehen. Zwar sinkt die Beschäftigtenzahl im Bereich der Unternehmen per saldo noch etwas, aber es ist wohl auch mit einer gewissen Ausweitung des zweiten Arbeitsmarktes zu rechnen. Die registrierte Arbeitslosigkeit wird sich im kommenden Jahr stärker zurückbilden als die Erwerbstätigkeit zunimmt. Maßgeblich dafür ist der weitere Rückgang des Erwerbspersonenpotentials. Insgesamt wird sich auch im Prognosezeitraum die Lage am Arbeitsmarkt nicht verbessern.

### **Fazit**

Der Aufbauprozess in Ostdeutschland ist günstiger verlaufen als es die gesamtwirtschaftlichen Produktionsangaben vermuten lassen. Bei Vernachlässigung der Sonderentwicklungen im Baugewerbe haben die Unternehmen Anschluss an das Wachstum in Westdeutschland gehalten. Die Transfers zur Unterstützung der Wirtschaft sind also nicht verpufft. Um das Wachstum zu verstetigen, darf der Staat allerdings in seinen Anstren-

gungen nicht nachlassen, die bestehenden Lücken in der Infrastruktur weiter zu schließen. Die Kosten- und Beschäftigungssituation wird sich damit zwar nicht sprunghaft verbessern, aber die Attraktivität des Produktions- und Dienstleistungsstandorts Ostdeutschland kann damit weiter angehoben werden. Das wird sich günstig auf die Entscheidung privater Investoren auswirken.

Das Wachstum im Bereich der Unternehmen hat auch deshalb mit Westdeutschland Schritt gehalten, weil die Produzenten ihre Wettbewerbsfähigkeit kostenseitig verbessert haben und dabei die Lohnsteigerungen hinter dem Produktivitätsanstieg zurückgeblieben sind. Der Lohnvorlauf gegenüber der Produktivität wurde verringert und dieser Kurs sollte beibehalten werden, auch wenn von dem vergleichsweise hohen, aber vorübergehenden Preisanstieg in diesem Jahr Druck auf die Löhne ausgeht. Noch ist der Kern wettbewerbsfähiger Unternehmen zu klein und nicht fest genug, um Entwarnung geben zu können. Ostdeutschland ist zwar kein Niedriglohngebiet, aber auch geringere Arbeitskosten als zum Beispiel im Hochlohngebiet Westdeutschland werden im Kalkül privater Investoren eine positive Rolle spielen. Allerdings sind je nach Leistungsstärke der Unternehmen Differenzierungen angebracht, um den Einsatz eines qualifizierten und hochmotivierten Personals zu sichern.

*Hans-Ulrich Brautzsch (brt@iwh-halle.de),  
Brigitte Loose (blo@iwh-halle.de),  
Udo Ludwig (ldw@iwh-halle.de)*

## Anhang

Tabelle A1:

Reale Bruttowertschöpfung und Erwerbstätige in Ostdeutschland (ohne Berlin) nach Wirtschaftsbereichen von 1991 bis 2000

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
<b>Bruttowertschöpfung</b>	<i>in Mrd. DM (Preise von 1995)</i>									
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	7,9	6,3	8,6	7,5	8,5	8,8	9,4	10,4	10,7	10,7
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	43,8	41,2	47,3	53,1	56,5	61,7	64,0	66,5	68,3	73,4
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	5,8	4,4	4,8	4,0	3,4	3,1	2,5	2,5	.	.
Verarbeitendes Gewerbe	26,6	26,9	32,2	38,9	42,2	45,4	49,6	52,4	54,1	58,6
Energie- und Wasserversorgung	11,3	9,9	10,2	10,1	10,9	13,2	11,9	11,7	.	.
Baugewerbe	32,1	42,2	49,4	60,5	62,1	61,2	58,8	52,7	50,4	45,5
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	39,9	46,6	52,7	58,4	59,8	61,0	61,4	63,6	65,3	66,3
Handel; Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern; Gastgewerbe	26,7	33,5	36,3	39,7	40,3	41,1	40,2	41,0	.	.
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	13,2	13,1	16,3	18,7	19,5	19,9	21,2	22,7	.	.
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	46,4	51,0	59,7	67,8	75,2	81,2	87,0	93,3	97,9	102,8
Kredit- und Versicherungsgewerbe	9,3	7,6	8,5	9,3	10,4	11,2	12,5	13,1	.	.
Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleister	37,1	43,4	51,1	58,5	64,8	70,0	74,5	80,1	.	.
Öffentliche und private Dienstleister	86,8	94,0	97,6	103,5	105,9	107,3	106,9	106,6	106,7	107,6
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialvers.	26,5	32,1	32,5	33,3	33,9	34,4	34,7	35,0	.	.
Erziehung und Unterricht; Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen; sonstige öffentliche und private Dienstleister; Häusliche Dienste	60,3	61,9	65,1	70,2	72,0	72,9	72,1	71,6	.	.
<b>Bruttowertschöpfung insgesamt</b>	256,8	281,4	315,3	350,8	367,9	381,1	387,5	393,0	399,4	406,3
<b>Erwerbstätige</b>	<i>in 1 000 Personen</i>									
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	495	307	252	242	240	226	224	225	220	213
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 990	1 310	1 119	1 052	1 021	983	964	968	952	944
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	132	86	60	45	40	31	25	22	.	.
Verarbeitendes Gewerbe	1 751	1 133	973	925	905	880	870	880	870	869
Energie- und Wasserversorgung	108	91	85	82	77	72	68	66	.	.
Baugewerbe	696	783	883	991	1 049	1 019	971	905	859	789
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 393	1 294	1 306	1 335	1 356	1 364	1 366	1 385	1 407	1 393
Handel; Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern; Gastgewerbe	931	878	891	945	978	1 000	1 021	1 046	.	.
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	462	416	415	390	379	365	345	339	.	.
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	405	446	481	527	559	583	604	643	677	693
Kredit- und Versicherungsgewerbe	101	111	116	119	120	119	121	123	.	.
Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleister	304	335	365	407	439	464	484	521	.	.
Öffentliche und private Dienstleister	1 806	1 803	1 755	1 789	1 823	1 831	1 797	1 813	1 849	1 841
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialvers.	553	564	540	534	529	533	515	515	.	.
Erziehung und Unterricht; Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen; sonstige öffentliche und private Dienstleister; Häusliche Dienste	1 253	1 239	1 214	1 255	1 294	1 298	1 281	1 298	.	.
<b>Erwerbstätige insgesamt</b>	6 785	5 943	5 795	5 936	6 048	6 008	5 926	5 940	5 965	5 874

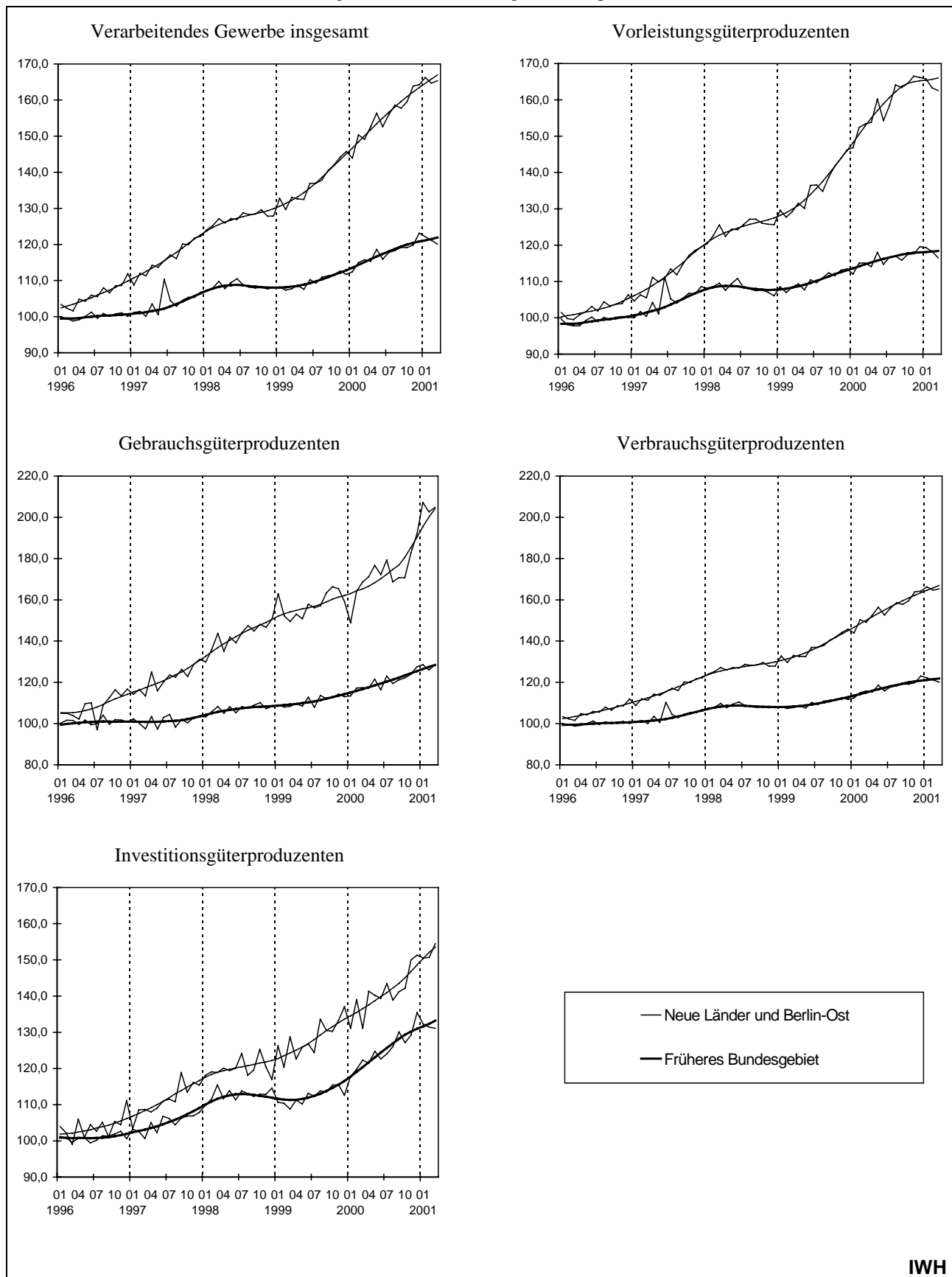
Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder und „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Stand: März 2001).



## Übersicht 1 (Industrie):

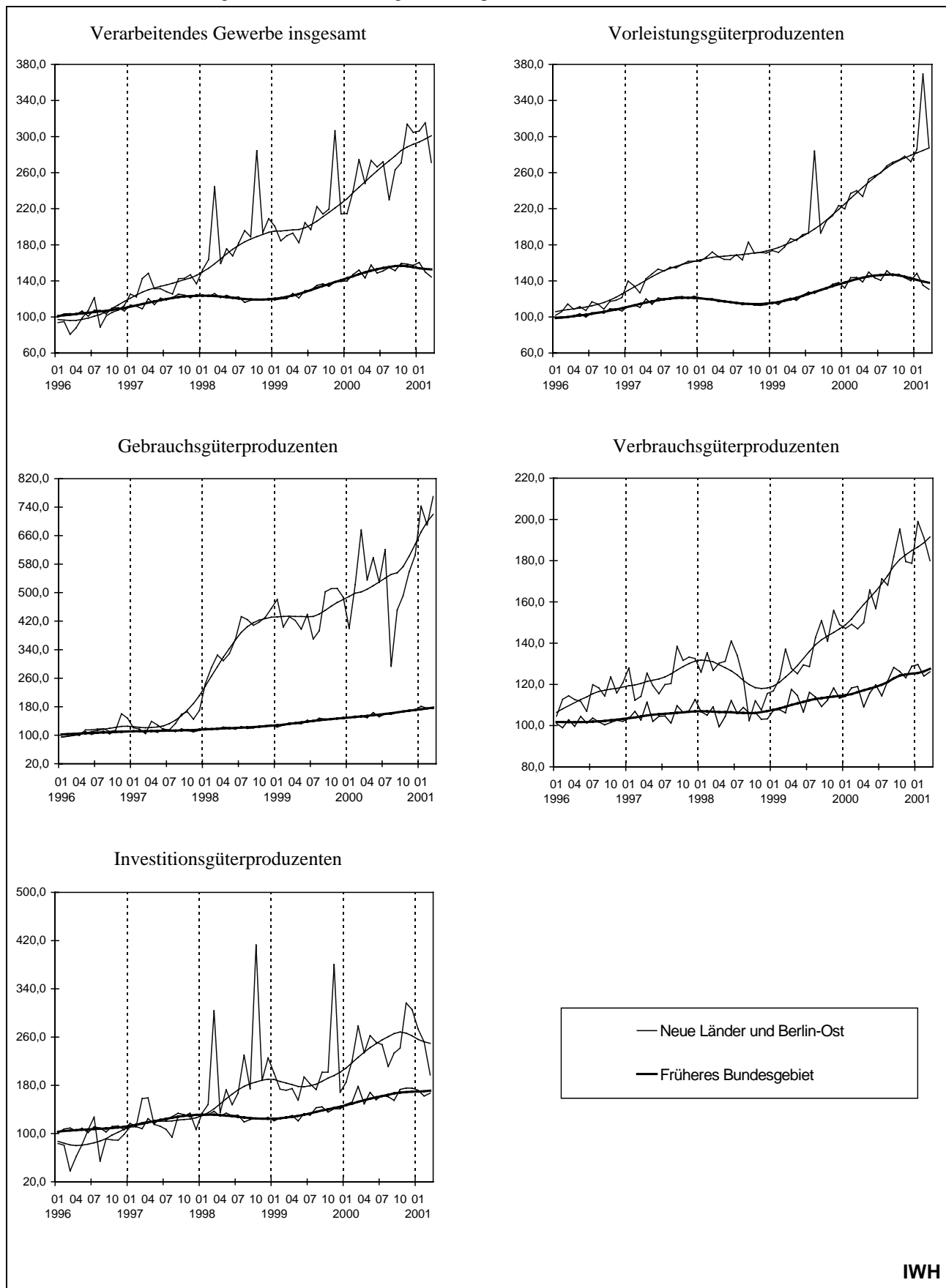
### Produktionsindex im Verarbeitenden Gewerbe Ost- und Westdeutschlands

- 1995 = 100; kalender- und saisonbereinigte Werte und Trend (glatte Komponente) -



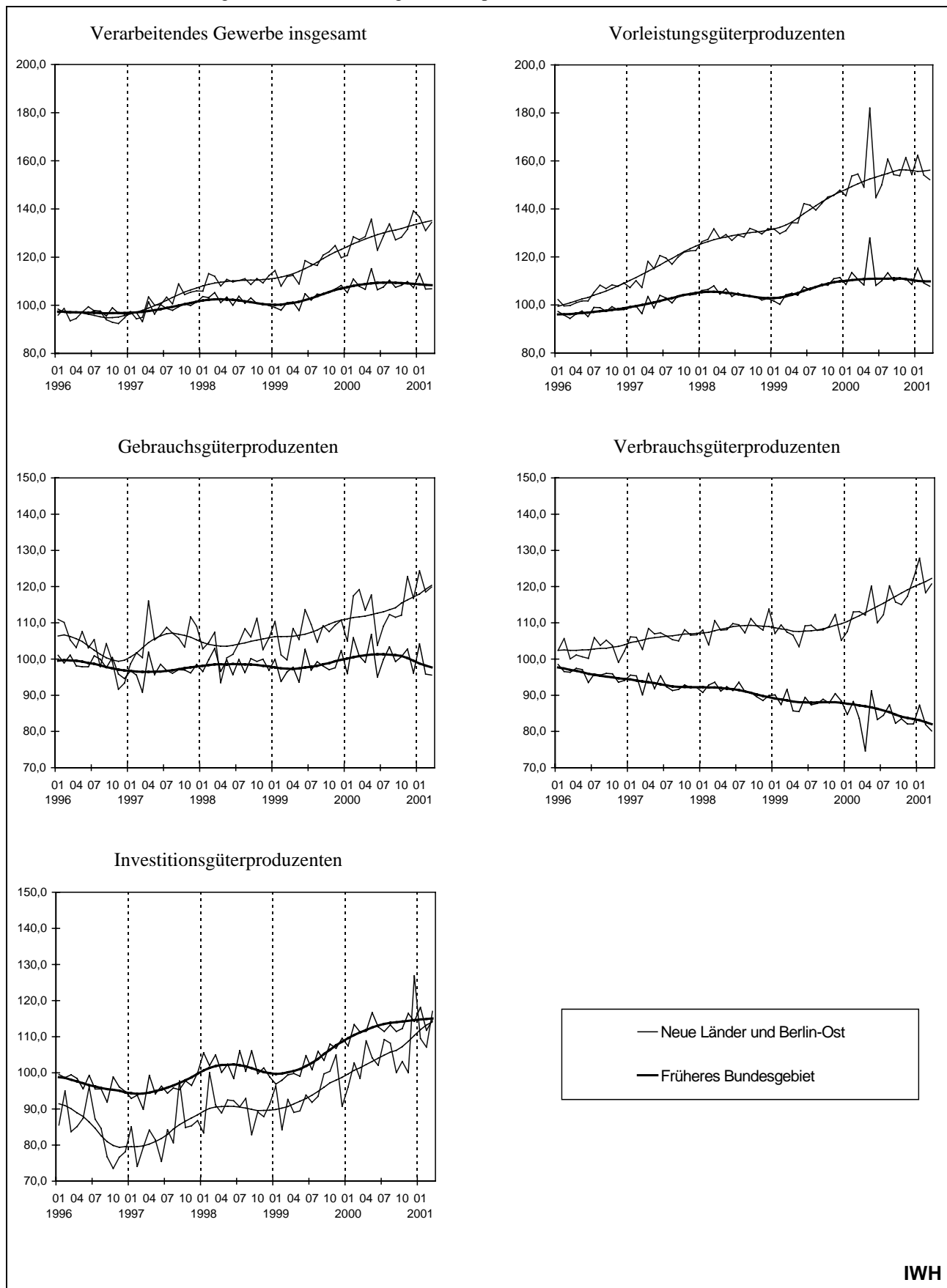
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Index des Auftragseingangs aus dem Ausland im Verarbeitenden Gewerbe Ost- und Westdeutschlands  
 - 1995 = 100; saisonbereinigte Werte und Trend (glatte Komponente) -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

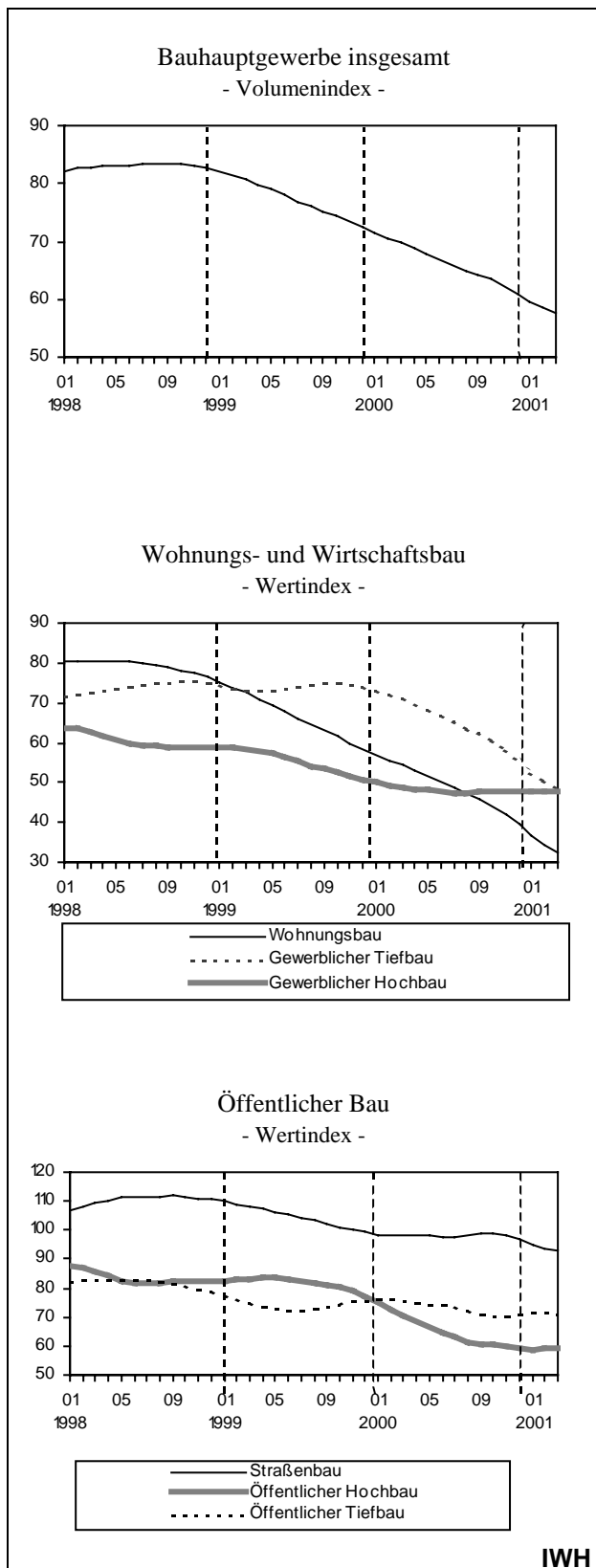
Index des Auftragseingangs aus dem Inland im Verarbeitenden Gewerbe Ost- und Westdeutschlands  
 - 1995 = 100; saisonbereinigte Werte und Trend (glatte Komponente) -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

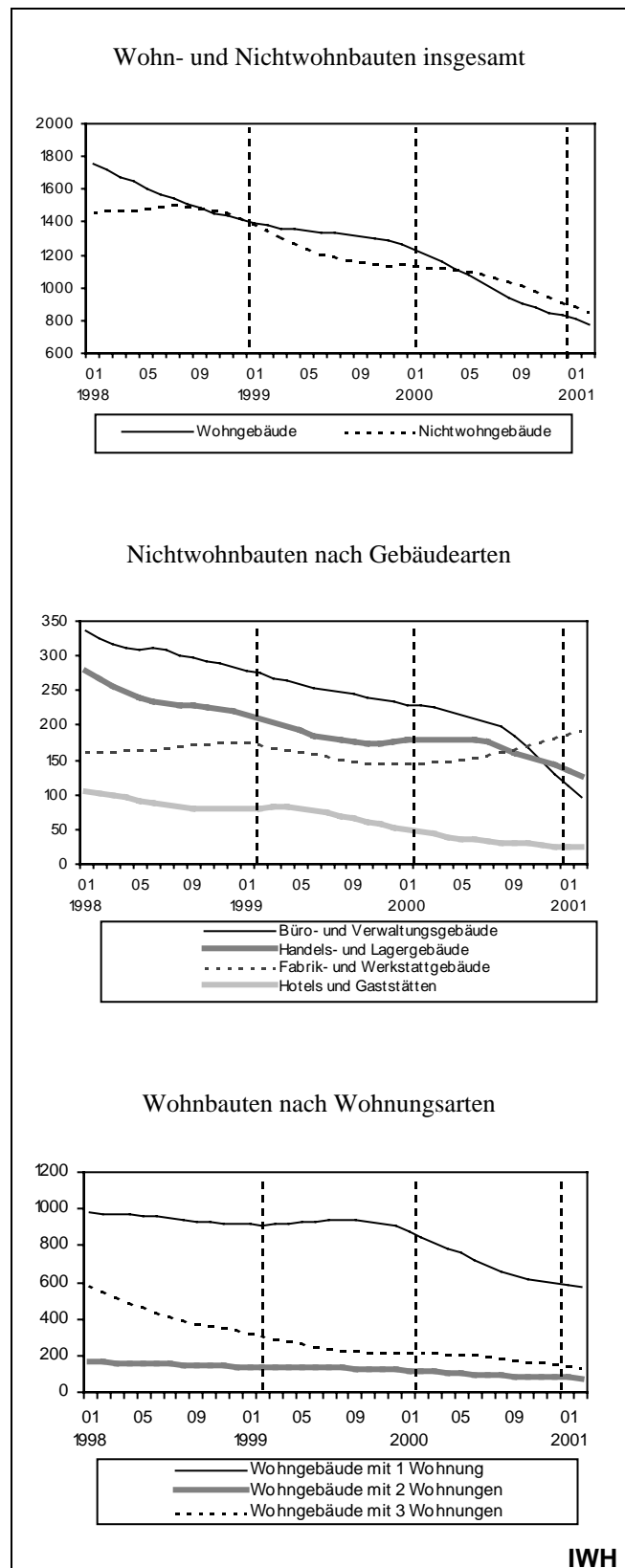
## Übersicht 2 (Baugewerbe)

Index des Auftragseingangs im ostdeutschen  
Bauhauptgewerbe (bis März 2001)  
- 1995 = 100; Trend (glatte Komponente) -



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Baugenehmigungen in Ostdeutschland (bis Febr. 2001)  
- Veranschlagte Kosten des Bauwerks in Mio. DM;  
Trend (glatte Komponente) -



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

## Produktivitätsrückstand der ostdeutschen Wirtschaft: Eine zusammenfassende Bewertung

*Zehn Jahre nach der deutschen Vereinigung erreicht die Wirtschaft in Ostdeutschland im Durchschnitt erst ein Niveau der Arbeitsproduktivität, das bei zwei Dritteln des entsprechenden westdeutschen Wertes liegt. Nach erheblichen Produktivitätssteigerungen in der ersten Phase des Umstrukturierungsprozesses ist in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre eine weitere Konvergenz der Arbeitsproduktivitäten kaum noch festzustellen. Da die Produktivität als Schlüsselgröße für die weitere Einkommensentwicklung, für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und den Transferbedarf der neuen Länder gelten kann, ist die Frage nach den Ursachen des Produktivitätsrückstands von unmittelbarem – auch wirtschaftspolitischem – Interesse. Im Rahmen einer umfassenden Untersuchung<sup>8</sup> hat das Institut für Wirtschaftsforschung Halle deshalb die Gründe für die Produktivitätslücke zwischen Ost- und Westdeutschland näher analysiert und Schlussfolgerungen für den weiteren Konvergenzprozess der ostdeutschen Wirtschaft abgeleitet. In diesem Artikel werden die wichtigsten Ergebnisse dieser Studie vorgestellt.*

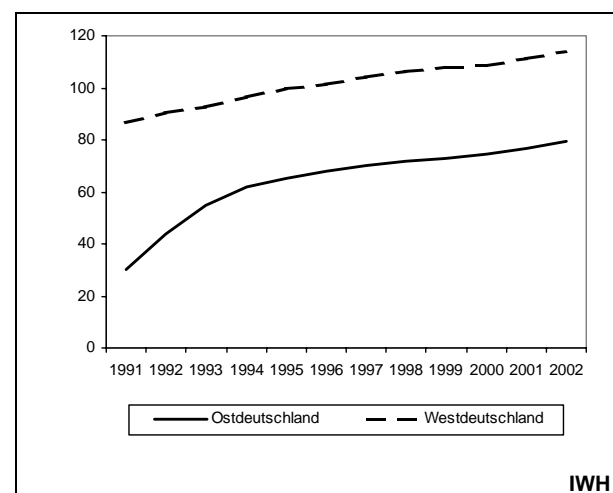
Auch zehn Jahre nach der deutschen Vereinigung liegt die nominale Arbeitsproduktivität in den neuen Ländern noch deutlich niedriger als in Westdeutschland. Amtlichen Daten der VGR zufolge lag im Jahre 2000 das durchschnittliche Produktivitätsniveau in Ostdeutschland (ohne Berlin) bei 68,5% des westdeutschen<sup>9</sup> Niveaus (vgl. Tabelle). Zwischen den einzelnen Branchen ist allerdings eine erhebliche Streuung der relativen Produktivitäten zu verzeichnen – so wird im Dienstleistungssektor mit 73,4% des westdeutschen Niveaus ein deutlich höherer Wert erreicht als beispielsweise im Verarbeitenden Gewerbe (65%). Zwischen den einzelnen Bundesländern sind die Unterschiede im Angleichungsstand hingegen vernachlässigbar gering.

Ein Produktivitätsrückstand in ähnlicher Größenordnung zeigt sich auch, wenn man andere Quellen als die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

heranzieht. So ergibt sich auf Grundlage des IAB-Betriebspanels ein Produktivitätsniveau in den neuen Ländern von rund 70% des westdeutschen Niveaus, allerdings bei einer beträchtlichen Streuung zwischen einzelnen Betrieben: Unternehmen mit einer Produktivität, die dem westdeutschen Durchschnitt entspricht (oder ihn sogar überschreitet), stehen solchen gegenüber, die westdeutschen Durchschnittswerten weit hinterherhinken. Eine größere Streuung der Produktivitäten in Ostdeutschland kann hingegen nicht festgestellt werden.

Die häufig geäußerte Vermutung, dass der Produktivitätsrückstand der ostdeutschen Wirtschaft vor allem auf eine unzureichende regionale Zurechenbarkeit der Wertschöpfung in sogenannten „Mehrländerunternehmen“ zurückzuführen sei, bestätigte sich so nicht: Zwar gibt es einen solchen Effekt, doch ist dieser auf aggregierter Ebene eher gering; er beträgt weniger als 5 Prozentpunkte. Im Wesentlichen ist der Produktivitätsrückstand vielmehr durch Ausstattungsunterschiede bei verschiedenen Produktionsfaktoren, durch strukturelle Unterschiede zwischen der ostdeutschen und der westdeutschen Wirtschaft sowie durch besondere Schwierigkeiten der meist jungen ostdeutschen Unternehmen bedingt.

Abbildung:  
Produktivitätsentwicklung<sup>a</sup> in Ostdeutschland und in Westdeutschland 1991 bis 2002  
- in 1 000 DM -



<sup>a</sup> Nominale Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen.

Quelle: Arbeitskreis „VGR der Länder“; Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“; Berechnungen und Prognose des IWH.

<sup>8</sup> Vgl. RAGNITZ, J., BEER, S.; KOMAR, W.; MÜLLER, G.; MÜLLER, R.; ROTHFELS, J.; WÖLFL, A.: Produktivitätsunterschiede und Konvergenz von Wirtschaftsräumen. Das Beispiel der neuen Länder. IWH-Sonderheft 3/2001. Halle.

<sup>9</sup> Einschließlich Berlin.

Tabelle:

Arbeitsproduktivität<sup>a</sup> in der ostdeutschen<sup>b</sup> Wirtschaft

- Westdeutschland<sup>c</sup> = 100 -

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Insgesamt	34,6	48,3	59,5	64,3	65,1	67,1	67,7	67,3	67,5	68,5
darunter:										
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	42,6	59,7	97,6	88,0	92,1	84,0	90,1	99,0	101,0	102,6
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	24,1	34,8	47,8	53,4	56,5	63,6	65,7	67,2	68,9	71,0
darunter:										
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	54,4	59,6	89,1	99,4	83,8	186,2 <sup>d</sup>	183,5 <sup>d</sup>	195,5 <sup>d</sup>	-	-
Verarbeitendes Gewerbe	18,0	27,9	39,1	46,3	49,8	54,4	58,2	60,5	62,9	64,9
Energie- und Wasserversorgung	49,1	53,3	63,3	63,3	68,6	78,8	76,4	74,2	-	-
Baugewerbe	49,4	62,5	70,2	79,4	80,0	82,1	79,7	72,7	71,1	68,5
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	43,1	57,0	65,9	69,0	66,7	67,5	66,9	67,0	67,1	66,6
darunter:										
Handel; Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern; Gastgewerbe	45,6	67,0	74,8	75,1	71,5	73,4	70,8	69,8	-	-
Verkehr und Nachrichten- übermittlung	36,1	38,5	47,7	54,4	53,9	52,8	55,6	57,9	-	-
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	30,0	40,7	55,4	60,9	63,2	65,8	68,1	69,2	70,0	73,4
darunter:										
Kredit- und Versicherungsgewerbe	73,5	58,1	60,0	63,0	67,6	68,3	70,7	71,1	-	-
Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleister	21,3	35,7	51,7	57,5	59,4	62,5	65,1	66,3	-	-
Öffentliche und private Dienstleister	54,3	67,9	76,1	80,0	81,3	82,1	82,9	81,5	81,2	83,1

<sup>a</sup> Nominale Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen. – <sup>b</sup> Ohne Berlin. – <sup>c</sup> Einschließlich Berlin. – <sup>d</sup> Zeitliche Entwicklung durch Abschaffung des Kohlepfennigs beeinflusst, der allein dem in Westdeutschland ansässigen Steinkohlebergbau zugute kam.

Quelle: Arbeitskreis „VGR der Länder“; Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“; Berechnungen des IWH.

### **Ausstattungsunterschiede bei komplementären Produktionsfaktoren**

Einen Teil der Lücke bei der Arbeitsproduktivität erklären Ausstattungsunterschiede bei den Produktionsfaktoren Sachkapital, Humankapital, Wissenskapital und Infrastrukturkapital:

- Zu Beginn der neunziger Jahre war die geringe Höhe des Produktivitätsniveaus in der ostdeutschen Wirtschaft in beträchtlichem Umfang durch das quantitativ und qualitativ geringe Niveau der Sachkapitalausstattung der Arbeitsplätze bedingt. Seither ist die Kapitalintensität der Produktion deutlich angestiegen. Schätzungen auf Grundlage von Daten des ifo Instituts zur Investitionstätigkeit in den neuen Ländern führen zu dem Ergebnis, dass das Bruttoanla-

gevermögen in der gewerblichen Wirtschaft Ostdeutschlands seit dem Jahresende 1990 um knapp 90% zugenommen hat. Gleichwohl lag die Kapitalintensität – der Kapitalstock je Erwerbstätigen – im Jahre 1998 in der gewerblichen Wirtschaft insgesamt erst bei rund 76% des westdeutschen Niveaus. Etwas höher ist der Angleichungsstand der Kapitalintensität im Verarbeitenden Gewerbe; hier liegt die Kapitalausstattung der Arbeitsplätze – berücksichtigt man den vergleichsweise niedrigen Nutzungsgrad der Bauten – bei knapp 90% des westdeutschen Niveaus.<sup>10</sup>

<sup>10</sup> Vgl. DIETRICH, V.: Kapitalausstattung und Produktivitätsrückstand im ostdeutschen Unternehmenssektor, in: IWH,

Als wichtigste Gründe für die vergleichsweise niedrige Kapitalintensität lassen sich die geringe durchschnittliche Betriebsgröße in den neuen Ländern sowie die von Westdeutschland abweichenden Faktorpreisrelationen identifizieren. Die Verwirklichung geringerer Kapitalintensitäten ist insoweit Ergebnis eines unternehmerischen Optimierungskalküls und nicht ein Übergangsphänomen. Beides – die spezifische Betriebsgrößenstruktur wie auch die im Vergleich zu Westdeutschland niedrigen Lohn-Zins-Relationen – werden wohl noch längere Zeit fortbestehen.

Wie stark die Wirkungen einer geringen Kapitalausstattung der Arbeitsplätze auf die Arbeitsproduktivität sind, ist mit Hilfe der vorhandenen statistischen Daten nur unter Zugrundelegung einiger einschränkender Annahmen zu ermitteln. Unterstellt man für Ost- und Westdeutschland die gleiche gesamtwirtschaftliche Produktionsfunktion, so lässt sich zeigen, dass die Produktivität in der gewerblichen Wirtschaft Ostdeutschlands – ermittelt nach dem alten System der VGR – rein rechnerisch von knapp 60% auf 66% des westdeutschen Wertes steigen würde, wenn in Ostdeutschland die gleiche Kapitalintensität wie in Westdeutschland erreicht würde. Lediglich rund ein Sechstel der Produktivitätslücke wäre demnach auf die geringe Kapitalausstattung der Arbeitsplätze in den neuen Ländern zurückzuführen. Dies zeigt, dass eine niedrige Kapitalintensität allein den Produktivitätsrückstand nicht erklären kann, vielmehr weitere Faktoren hinzukommen müssen.

- Als ein weiterer Erklärungsfaktor wurde geprüft, inwieweit die neuen Länder eine ungenügende Ausstattung mit Humankapital aufweisen.<sup>11</sup> Dabei wurde unterschieden zwischen dem im formalen Ausbildungssystem entstandenen Humankapital und dem im Arbeitsprozess (on-the-job) gebildeten Humankapital. Hinsichtlich des im formalen Ausbildungssystem gebildeten Humankapitals waren infolge eines dem westdeutschen Standard qualitativ vergleichbaren Ausbildungsniveaus schon zum Zeitpunkt der deutschen Vereinigung kaum

Nachteile gegenüber Westdeutschland vorhanden. Gemessen an der Zahl der Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung oder akademischer Ausbildung hatten die neuen Länder sogar deutliche Vorteile. Anders sah es hingegen bei dem im Arbeitsprozess gebildeten Humankapital aus. Dieses wurde im Zuge des marktwirtschaftlichen Umbruchs in Teilen entwertet, denn die meisten der schon vor 1990 existierenden Unternehmen produzierten auf einem technologisch veralteten Niveau. Arbeitsplatzspezifisches Humankapital musste deshalb in weiten Teilen neu aufgebaut werden.

Inzwischen hat sich im Zuge der Anpassung der ostdeutschen Wirtschaft das Bild gewandelt. Im Hinblick auf das im Arbeitsprozess erworbene Humankapital haben die ursprünglichen Nachteile der neuen Länder erheblich an Bedeutung verloren. Gleichzeitig gibt es hinsichtlich des im formalen Ausbildungssystem entstandenen Humankapitals noch immer gewisse Vorteile der neuen gegenüber den alten Ländern. Freilich zeigt es sich auch, dass die im formalen Ausbildungssystem erworbenen Qualifikationen ostdeutscher Erwerbstätiger infolge unterwertiger Beschäftigung häufig ungenutzt bleiben. Einer der Gründe liegt darin, dass beispielsweise das Verarbeitende Gewerbe in Ostdeutschland eine Branchenzusammensetzung aufweist, die im Vergleich zu Westdeutschland einen eher geringen Humankapitalbedarf impliziert. Der insgesamt recht guten Humankapitalausstattung steht somit keine entsprechende Nachfrage nach Humankapital gegenüber.

Die inzwischen nur noch geringen Nachteile beim on-the-job gebildeten Humankapital und das hohe formale Ausbildungsniveau in den neuen Ländern deuten nur auf geringe Erklärungsbeiträge der Humankapitalausstattung für die Produktivitätslücke hin. Gleichwohl darf nicht außer Acht bleiben, dass bestimmte Qualifikationen in den neuen Ländern fehlen. Dabei handelt es sich häufig um sehr spezifische Kenntnisse, die insbesondere den Bereich Forschung und Entwicklung und betriebswirtschaftliche Bereiche (Marketing, Steuerrecht) betreffen; gering ausgeprägt scheint aber auch die Bereitschaft zur Unternehmertätigkeit zu sein.<sup>12</sup>

---

Wirtschaft im Wandel 7/1997, S. 5-9. – RAGNITZ, J.: Kapitalausstattung ostdeutscher Arbeitsplätze: Rückstand nicht überbewerten, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 9/2000, S. 254-258.

<sup>11</sup> Vgl. MÜLLER, R.: Humankapital in der Transformation – Das Beispiel der neuen Länder, in: List Forum, Band 26, 2000, Heft 4, S. 311-330.

---

<sup>12</sup> Vgl. ROSENFELD, M. T. W. u. a.: Regionale Wirtschaftsstrukturen in der zweiten Phase der ostdeutschen Transformation: Sachsen-Anhalt 1995-1999. IWH-Sonderheft 1/2001.

- Ergänzend hierzu wurde die Frage geprüft, inwieweit eine geringe Ausstattung mit „Wissenskapital“ ursächlich für den Produktivitätsrückstand der ostdeutschen Wirtschaft sein könnte. Technologisches Wissen als wesentliche Voraussetzung für die Umsetzung moderner Technologien und zur Schaffung eigener Innovationen wird allgemein als eine wesentliche Determinante von Produktivitätsunterschieden zwischen Regionen angesehen.

Wissenskapital wurde hier mit Hilfe der akkumulierten Innovationsaufwendungen unter Berücksichtigung des Technologietransfers und des Wissensverlustes durch Veralterung operationalisiert. Die empirische Untersuchung deutet darauf hin, dass im Ganzen eine unzureichende Verfügbarkeit von Wissenskapital keine entscheidende Ursache für den Produktivitätsrückstand Ostdeutschlands darstellt. Auf aggregierter Ebene lassen sich diesbezüglich – je Beschäftigten gemessen – kaum Defizite der neuen Länder feststellen. Hierzu hat nicht nur die Akkumulation von Wissenskapital in Ostdeutschland selbst beigetragen, sondern auch der Technologietransfer aus dem Westen. Allerdings gibt es dabei erhebliche branchenspezifische Unterschiede. Gerade die FuE-intensiven Branchen Chemieindustrie, Fahrzeugbau, ADV-Geräte und Elektrotechnik sind in den neuen Ländern nach den hier erzielten Ergebnissen durch eine geringe Wissenskapitalintensität charakterisiert. Da die Innovationstätigkeit einer Branche wesentlich durch den Anfangsbestand und die weiteren Investitionen in Wissenskapital bestimmt wird, besteht die Gefahr, dass diese Branchen langfristig in die Produktion „traditioneller“ Güter gedrängt werden, bei denen nur geringe Potentiale für weitere Produktivitätssteigerungen bestehen.

Wenngleich die Verfügbarkeit von Wissenskapital auf aggregierter Ebene kein größeres Problem darstellt, haben ostdeutsche Unternehmen Schwierigkeiten, das verfügbare Wissen auch in Markterfolge mit innovativen Produkten umzumünzen. Zwar haben die Unternehmen der neuen Länder in den letzten Jahren zunehmend Innovationserfolge verbuchen können. Gemessen an der Zahl der Innovatoren, sowohl Produkt- als auch Prozessinnovatoren, können ostdeutsche Unternehmen durchaus mit ihren westdeutschen Konkurrenten mithalten, wenn auch bislang nur ein verhältnismäßig geringer Anteil ihrer Innovationen auf Marktneuheiten entfällt. Das Problem ist somit die Umsetzung vorhan-

denen Wissens in Produktivitätssteigerungen. So wäre – für sich genommen – bei westdeutscher Umsetzungsfähigkeit (Innovationseffizienz) des intern produzierten Wissens und bei vollständiger Absorption des aus dem Westen erworbenen Wissens die Produktivitätslücke 1997 um rund 9 Prozentpunkte geringer ausgefallen. Hierin spiegeln sich – unter anderem – die bekannten Schwierigkeiten ostdeutscher Unternehmen an den Absatzmärkten wider.

- Schließlich wurde untersucht, inwieweit eine schlechte Infrastrukturausstattung für das geringe Produktivitätsniveau in den neuen Ländern verantwortlich sein könnte.<sup>13</sup>

Festgestellt wurde, dass zwar die wichtigsten Defizite bei der Infrastruktur beseitigt werden konnten. Dennoch sind noch deutliche Ausstattungsunterschiede zwischen alten und neuen Ländern zu verzeichnen. Dies trifft vor allem für die Verkehrsinfrastruktur, speziell für die Straßenverkehrsinfrastruktur zu, die wegen ihrer Produktionsnähe für die Produktivität der privaten Faktoren und die Ansiedlung von Unternehmen besonders relevant ist. Hier lässt sich ein Ausstattungsrückstand einerseits anhand von Kapitalstockdaten, andererseits aber auch anhand von Indikatoren der An- und Verbindungsgüte von Regionen der neuen Länder belegen. Längere Fahrzeiten zu Agglomerationszentren im Westen und zu wichtigen Knotenpunkten des überregionalen Verkehrs hängen u. a. mit mangelhaften Zubringerstraßen, einer häufig ungünstigen Verkehrsführung und einer im Ganzen geringeren Netzdichte bei Autobahnen und Fernstraßen zusammen.

Simulationsrechnungen mit einer Produktionsfunktion bestätigen die Hypothese, dass der Produktivitätsabstand zwischen Ost und Westdeutschland auch auf eine ungleiche Quantität der Verkehrsinfrastrukturausstattung (im Sinne eines geringeren Kapitalstocks) zurückzuführen ist. Um darüber hinaus auch Unterschiede in der Qualität und Leistungsfähigkeit der Infrastrukturausstattung berücksichtigen zu können, wurde in einem weiteren Schritt die Arbeitsproduktivität in Abhängigkeit von Fahrdistancen zu Anschlusspunkten des überregionalen Verkehrs und zu wichtigen Wirtschaftsräumen geschätzt.

<sup>13</sup> Vgl. auch KOMAR, W.: Ostdeutsche Verkehrsinfrastruktur: Weiterhin hoher Investitionsbedarf, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 2/2000, S. 130-137, sowie Investitionseffekte durch den Ausbau der ostdeutschen Verkehrsstruktur, in: List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik, Band 26, 2000, Heft 4, S. 331-344.



Für sich genommen, wäre im Jahre 1996 das Angleichungsniveau bei der Arbeitsproduktivität im Verarbeitenden Gewerbe um rund 10 Prozentpunkte höher ausgefallen, wenn in den neuen Ländern eine ähnlich gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur vorhanden gewesen wäre wie in Westdeutschland.

Alles in allem kann man feststellen, dass Ausstattungsunterschiede bei den verschiedenen Produktionsfaktoren zwar nicht unbedeutend für die Produktivitätslücke der ostdeutschen Wirtschaft sind; sie allein bestimmen den Produktivitätsrückstand jedoch nicht. Es kommen vielmehr weitere Faktoren hinzu, die entweder in den besonderen Wirtschaftsstrukturen Ostdeutschlands zu sehen sind oder in der betrieblichen Sphäre liegen.

### ***Strukturelle Besonderheiten als Ursache der Produktivitätslücke***

Zunächst wurde untersucht, inwieweit das im Durchschnitt geringe Produktivitätsniveau in der ostdeutschen Wirtschaft ein Reflex der unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen zwischen Ost- und Westdeutschland ist. Es wurde festgestellt, dass derartigen strukturellen Einflüssen tatsächlich ein gewisser Erklärungsgehalt zukommt, wenn auch weniger, als oft vermutet. Legt man die Ergebnisse der (unrevidierten) Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zugrunde, würde der sektorale Struktureffekt auf gesamtwirtschaftlicher Ebene etwa 5 Prozentpunkte betragen. Dies ist zwar deutlich mehr als noch Mitte der neunziger Jahre, stellt dennoch nur etwa ein Achtel der gesamten Produktivitätslücke dar. Noch geringer ist der Erklärungsgehalt, wenn man das Verarbeitende Gewerbe allein betrachtet.<sup>14</sup>

Gleichwohl sind die bestehenden Strukturen nicht als unproblematisch anzusehen, denn typischerweise produktivitätsstarke Branchen und Tätigkeiten sind in den neuen Ländern unterrepräsentiert. So wurde zum Beispiel festgestellt, dass die aktuelle Branchenstruktur in den neuen Ländern wenig FuE-intensiv ist – vor allem die Branchen, die der Spitzentechnologie zugerechnet werden können, sind nur schwach vertreten. Eine tiefergehende Analyse ergab überdies, dass die Produktivitätsentwicklung auf sektoraler Ebene auch von der Wettbewerbsintensität abhängig ist, denn Unternehmen in Märkten, die durch einen hohen Wettbewerbsdruck gekennzeichnet sind, werden

hierdurch dazu veranlasst, produktivitätssteigernde Maßnahmen durchzuführen. Weite Teile der ostdeutschen Wirtschaft sind jedoch auf solche Märkte spezialisiert, in denen eine relativ geringe Wettbewerbsintensität herrscht. Grund hierfür ist, dass sich viele Unternehmen zunächst auf Tätigkeitsfelder konzentriert haben, bei denen ihre anfänglichen Wettbewerbsschwächen nicht so stark ins Gewicht fielen. Während dies unter Beschäftigungsaspekten positiv zu beurteilen ist, fällt das Urteil hinsichtlich der Produktivitätspotentiale eher negativ aus.

Schließlich ist auch zu berücksichtigen, dass westdeutsche und ausländische Unternehmen – wie es auch nicht anders zu erwarten war – in Ostdeutschland vornehmlich Produktionsstätten aufgebaut haben, strategisch wichtige und produktivere Tätigkeiten aber an den angestammten Hauptsitzen belassen haben. Dementsprechend sind Arbeitsplätze für hochqualifizierte Arbeitnehmer in den neuen Ländern unterrepräsentiert. Gerade im Bereich der höherwertigen Technologien spielt dies eine Rolle, sodass hier nur ein geringes Produktivitätsniveau erzielt wird.

Große Bedeutung bei der Erklärung des Produktivitätsrückstandes der ostdeutschen Wirtschaft kommt darüber hinaus der besonderen Unternehmensgrößenstruktur in den neuen Ländern zu.<sup>15</sup> Kleinere Unternehmen weisen im Allgemeinen ein niedrigeres Produktivitätsniveau auf als größere. Gründe hierfür sind neben der fehlenden Möglichkeit, produktionsbedingte Skalenerträge wahrzunehmen, auch größenbedingte Schwierigkeiten an den Absatzmärkten oder Hemmnisse bei der Beschaffung von Finanzierungsmitteln. In den neuen Bundesländern sind jedoch anteilig deutlich mehr kleine und mittlere Unternehmen tätig als in Westdeutschland; Großunternehmen (d. h. Unternehmen mit 1 000 und mehr Beschäftigten) gibt es kaum. Zudem weisen diese aufgrund der oftmals noch nicht überwundenen transformationsbedingten Schwierigkeiten eine überdurchschnittliche Produktivitätslücke auf.

Vergleicht man lediglich Unternehmen miteinander, die sich hinsichtlich Größe und anderer Merkmale nur wenig unterscheiden, so fällt der Produktivitätsabstand der ostdeutschen Unternehmen deutlich niedriger aus. Es lässt sich daher rein hypothetisch die Produktivitätslücke unter der An-

<sup>14</sup> Vgl. ROTHFELS, J.: Die ostdeutsche Wirtschaftsstruktur und die Produktivitätslücke, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 13/1997, S. 15-21.

<sup>15</sup> Vgl. zu früheren – hiervon teilweise abweichenden Resultaten – auch BEER, S.; RAGNITZ, J.: Betriebsgröße und Arbeitsproduktivität im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 16/1997, S. 11-13.

nahme berechnen, dass der Unternehmenssektor in Ostdeutschland die gleiche Größenstruktur aufwiese wie derjenige Westdeutschlands. Ohne Berücksichtigung der Großunternehmen würde – bezogen auf das Jahr 1997 – dann ein relatives Produktivitätsniveau in der ostdeutschen Industrie von 83% des westdeutschen Wertes (tatsächlicher Wert für dieses Jahr laut Kostenstrukturstatistik: 66%) resultieren.

Allerdings ist bei dieser Rechnung zu beachten, dass auch die übrigen hier untersuchten Ursachen der Produktivitätslücke in einem engen Zusammenhang zur Betriebsgrößenstruktur stehen können. So ist beispielsweise die Kapitalintensität in kleineren Betrieben häufig geringer als in größeren; manche Sektoren sind typischerweise kleinbetrieblich strukturiert usw. Insoweit ist diese Begründung für den Produktivitätsrückstand nicht isoliert zu sehen.

### ***Betriebliche Faktoren des Produktivitätsrückstands***

Viele ostdeutsche Unternehmen sind erst nach der deutschen Vereinigung gegründet worden und haben dementsprechend mit den typischen Schwierigkeiten junger, an den Märkten weitgehend unbekannter Unternehmen zu kämpfen. Es wurde daher auch analysiert, inwieweit einige dieser typischen Probleme für die Erklärung der Produktivitätslücke in Ostdeutschland eine Rolle spielen.

- Zunächst wurde untersucht, inwieweit der Produktivitätsrückstand ostdeutscher Unternehmen auf eine mangelnde Einbindung in Vorleistungs- und Absatzketten zurückzuführen ist. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass es in den neuen Ländern noch nicht zur Herausbildung stabiler, regional konzentrierter Wertschöpfungsketten gekommen ist. Dies lässt sich z. B. an einem relativ geringen Spezialisierungsgrad ostdeutscher Regionen erkennen. Auch die These, ostdeutsche Unternehmen hätten von der Ansiedlung westlicher Großkonzerne und einer daraus resultierenden Einbindung in überregionale Netze profitieren können, kann nur eingeschränkt bestätigt werden. Gründe für ein fehlendes Engagement ostdeutscher Unternehmen in derartigen Netzwerken können eine noch bestehende Unsicherheit bei der Wahl und dem Umgang mit unterschiedlichen Partnern sein, was auf Schwierigkeiten bei der Kooperationsanbahnung und -durchführung hindeutet.

Generell sind diejenigen ostdeutschen Unternehmen, die in Netzwerke eingebunden sind,

leistungsfähiger als solche, die diesen Schritt bislang nicht geschafft haben. Die Leistungsfähigkeit der Netzwerkteilnehmer zeigt sich dabei nicht nur anhand der Umsatz- und der Produktivitätszahlen insgesamt. Vielmehr geht die Einbindung ostdeutscher Unternehmen in Netzwerke einher mit Investitionen in moderne Anlagen, einer erfolgreichen Innovationstätigkeit und mit einer stärkeren überregionalen Orientierung im Absatz. Ob es sich dabei um langfristig erfolgversprechende Entwicklungen handelt, kann indes nicht eindeutig gesagt werden.

- Als ein wesentliches Problem ostdeutscher Unternehmen erweist sich deren ungesicherte Position an den Absatzmärkten, die wiederum mit dazu beiträgt, dass viele ostdeutsche Hersteller – und hier insbesondere die an den Märkten weitgehend unbekannten kleineren Anbieter – auch für qualitativ gleichwertige Produkte oftmals nicht die gleichen Preise erzielen können wie westdeutsche Konkurrenten. Gründe hierfür können neben einer bewussten strategischen Entscheidung, der Mangel an Marktmacht oder die hohe Wettbewerbsintensität auf manchen Regionalmärkten sein. Im Schnitt dürften die Absatzpreise, die ostdeutsche Unternehmen für ihre Produkte erzielen, um rund 12% unter den Erzeugerpreisen vergleichbarer westdeutscher Produkte liegen. Zwar werden ostdeutsche Produzenten auch dadurch entlastet, dass sie einen Großteil ihrer Vorleistungen aus Ostdeutschland selber beziehen und daher auch nur die hier zu zahlenden Preise entrichten müssen; da aber ein Teil der für die Produktion benötigten Güter in den neuen Ländern nicht produziert wird und somit aus Westdeutschland oder dem Ausland zu den dort geforderten Preisen bezogen werden muss, liegt der Preisvorteil bei den Vorleistungsgütern im Aggregat nur bei rund 9%. Unterstellt man – rein hypothetisch – dass Absatz- und Vorleistungspreise in Ostdeutschland und in Westdeutschland gleich wären, so würde der Produktivitätsrückstand ostdeutscher Hersteller um rund 12 Prozentpunkte niedriger ausfallen.<sup>16</sup>
- Ineffizienzen in Produktion und Organisation der Betriebe – die allerdings nur schwer empirisch zu fassen sind – können demgegenüber nur wenig zur Erklärung des Produktivitäts-

<sup>16</sup> Vgl. hierzu genauer MÜLLER, G.: Schmalere Produktivitätslücke bei Beachtung von Preiseffekten, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 4/1998, S. 14-19. – RAGNITZ, J.: Warum ist die Produktivität ostdeutscher Unternehmen so gering?, in: Konjunkturpolitik, Heft 3/1999, S. 165-187.

rückstandes der ostdeutschen Wirtschaft beitragen. Dieses Ergebnis mag überraschen, widerspricht es doch einem in der Öffentlichkeit weit verbreiteten Vorurteil. Jedoch sind Personalprobleme in ostdeutschen Unternehmen nicht häufiger anzutreffen als in westdeutschen Betrieben. Auch hinsichtlich der Effizienz der Vorleistungsnutzung konnten keine Nachteile ostdeutscher Unternehmen festgestellt werden. Lediglich der häufig eher technikorientierten Sichtweise der Geschäftsleitung – und daraus folgend, der Vernachlässigung der Absatzorientierung – scheint ein größerer Erklärungsgehalt für die Produktivitätslücke zuzukommen. Zwar scheint dieses Problem von vielen Unternehmen erkannt zu sein; es mangelt jedoch oft daran, erfolgversprechende Lösungen zu entwickeln.

### ***Schlussfolgerungen für die weitere Konvergenz***

Versucht man eine Zusammenfassung all dieser Ergebnisse, so muss festgehalten werden, dass es eine einzige Ursache für den Produktivitätsrückstand der ostdeutschen Wirtschaft nicht gibt. Vielmehr sind eine ganze Reihe von Einflussfaktoren zu beachten, die sich in ihrem Zusammenwirken teilweise verstärken, teilweise aber auch überlagern können. Da die verschiedenen Produktivitätseffekte nicht unabhängig voneinander gesehen werden können, sind sie auch insoweit nicht addierbar. Deutlich wird dies zum Beispiel anhand der Größenstruktur in der ostdeutschen Wirtschaft, die ein wesentlicher Grund auch für die geringen Kapitalintensitäten oder die Schwierigkeiten an den Absatzmärkten ist. Schließlich ist zu berücksichtigen, dass sich die Gewichte der einzelnen Ursachen für die ostdeutschen Produktivitätsnachteile im Zeitverlauf verschoben haben. Fehlendes Sachkapital oder Infrastrukturnachteile waren zu Beginn des Transformationsprozesses von größerer Bedeutung als dies heute der Fall ist. Zunehmende Bedeutung für die Erklärung der Produktivitätsunterschiede haben dagegen die strukturellen Faktoren gewonnen, zum Beispiel die Nachteile der neuen Länder infolge eines Defizits an Großunternehmen und an technologieorientierten Unternehmen.

Angesichts dieses Befunds stellt sich die Frage nach den Implikationen für die weiteren Konvergenzaussichten der ostdeutschen Wirtschaft. Empirische Ergebnisse aus international vergleichenden Studien weisen im Allgemeinen auf geringe Konvergenzgeschwindigkeiten hin, und dies selbst dann, wenn die allgemeinen Rahmenbedingungen

in zwei Regionen identisch sind und die Mobilität der Produktionsfaktoren hoch ist. Selbst dauerhafte Produktivitätsunterschiede sind nach den Ergebnissen dieser Studien nicht auszuschließen, wenn Pfadabhängigkeiten in der Produktion existieren oder komplementäre Produktionsfaktoren (wie Humankapital) einen Engpass darstellen. Dass vor allem ersteres im Fall der neuen Länder eine Rolle spielen könnte, wird anhand der besonderen Sektor- und Betriebsgrößenstrukturen in der ostdeutschen Wirtschaft deutlich: Sie stellen nicht allein einen wichtigen Grund für den gegenwärtigen Produktivitätsrückstand dar, sondern können – zum Beispiel weil geringe Betriebsgrößen Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten behindern oder eine wenig technologieintensive Wirtschaftsstruktur die Attrahierung zusätzlicher Unternehmen erschwert – auch das künftige Produktivitätswachstum mindern.

Gleichwohl können die pessimistischen Prognosen, die aus den international orientierten Studien abgeleitet werden müssten, nicht uneingeschränkt auf die Situation der ostdeutschen Wirtschaft übertragen werden. Vielmehr gibt es eine Reihe von Argumenten, die gegen eine niedrige Konvergenzgeschwindigkeit sprechen:

- Zunächst ist zu berücksichtigen, dass der Produktivitätsrückstand der neuen Länder zu einem erheblichen Teil auf die Schwierigkeiten der Unternehmen zurückzuführen ist, sich an den Absatzmärkten zu etablieren; hierauf deuten zumindest die Unterschiede in den Preisgestaltungsspielräumen ostdeutscher und westdeutscher Unternehmen wie auch die bei vielen Unternehmen festzustellende Vernachlässigung der Absatzorganisation hin. Es spricht wenig dafür, dass dieses Defizit nicht bald überwunden werden kann, denn sowohl Lerneffekte als auch ein zunehmender Bekanntheitsgrad bei potentiellen Kunden können von dieser Seite her produktivitätssteigernd wirken. Dieser Aspekt verdient besonders hervorgehoben zu werden, weil er in international vergleichenden Studien gemeinhin überhaupt keine Berücksichtigung findet.
- Auch die Kapitalintensitäten in der ostdeutschen Wirtschaft sollten in den nächsten Jahren weiter zunehmen und sich an westdeutsche Vergleichswerte annähern. Hierfür sprechen jedenfalls die nach wie vor hohen Investitionen (je Einwohner gerechnet) in den neuen Ländern und, damit einhergehend, die zunehmende Kapitalintensivierung in den Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes. Allerdings ist mit einer

vollständigen Angleichung der Kapitalintensitäten nicht zu rechnen, denn zu einem gewissen Teil beruhen diese auf Unterschieden der Faktorpreisrelationen und der Betriebsgrößen. Insofern werden auch Produktivitätsunterschiede zwischen Ost und West bestehen bleiben.

- Zügig fortgesetzt wird nach den vorliegenden Absichtserklärungen der Bundesregierung auch der Ausbau der Infrastruktur, wenngleich es angesichts des hohen infrastrukturellen Nachholbedarfs – von den ostdeutschen Ländern auf rund 300 Mrd. DM beziffert – noch eine Reihe von Jahren dauern wird, bis man, im Durchschnitt gerechnet, auf ein mit Westdeutschland vergleichbares Ausstattungsniveau kommen wird. Da vermutlich zunächst die größten noch verbliebenen Defizite beseitigt werden, wird wohl auch die regionale Differenzierung der Produktivitäten zunehmen.
- Hinzu kommt schließlich, dass die Möglichkeiten eines unbehinderten Technologietransfers auf eine höhere Konvergenzgeschwindigkeit hinwirken. Zwar wird diese nur zu realisieren sein, wenn die Unternehmen besser als bisher ihre Innovationserfolge auch in Markterfolge umsetzen können; es spricht aber wenig dafür, dass dies nicht bald erreicht werden kann.
- Schließlich muss auch die Humankapitalausstattung der neuen Länder prinzipiell als gut eingeschätzt werden, sodass von dieser Seite her der Angleichungsprozess nicht behindert werden sollte. Allerdings bedarf dies einer gewissen Relativierung, denn zum einen sind aufgrund von unterwertiger Beschäftigung Dequalifizierungseffekte nicht auszuschließen, zum anderen würden sich die Konvergenzaussichten verschlechtern, wenn aufgrund niedriger Löhne und pessimistischer Zukunftsaussichten gerade junge, höherqualifizierte Beschäftigte nach Westdeutschland abwandern. Dies könnte auf lange Sicht dazu führen, dass sich auch die wenig humankapitalintensive Wirtschaftsstruktur in den neuen Ländern verhärtet.

Ein größeres Hemmnis für eine schnelle Angleichung der Produktivitäten stellen hingegen die bestehenden strukturellen Besonderheiten der ostdeutschen Wirtschaft (Betriebsgrößen, Sektorstrukturen) dar. Allein durch das Wachstum von Unternehmen ist kurzfristig eine mit Westdeutschland vergleichbare Größenstruktur nicht zu erreichen. Auch mit Neuansiedlungen, die dieses Defizit schnell beheben könnten, ist in großem Umfang nicht mehr zu rechnen. Etwas ähnliches gilt für die sektorale Wirtschaftsstruktur. Zwar ist derzeit ein

kräftiges Wachstum in der ostdeutschen Industrie zu verzeichnen, wobei gerade auch potentiell hochproduktive Branchen eine dynamische Entwicklung vorweisen können. Im Ganzen sind diese Zweige aber noch zu klein, als dass sie das gesamtwirtschaftliche Produktivitätswachstum spürbar beeinflussen könnten. Auch hier gilt: Neuansiedlungen von Unternehmen aus derartigen „Zukunftsbranchen“ könnten das Bild schlagartig ändern. Die Wahrscheinlichkeit hierfür ist aber angesichts der insgesamt schwach ausgeprägten Standortvorteile der neuen Länder eher gering.

Soweit die Produktivitätslücke auf derartige strukturelle Defizite in der ostdeutschen Wirtschaft zurückzuführen ist, müssten die weiteren Konvergenzaussichten also eher zurückhaltend beurteilt werden. Tatsächlich aber ist der Erklärungsgehalt dieser Faktoren – auch das hat die Analyse gezeigt – geringer als in der öffentlichen Diskussion häufig angenommen.

Fasst man all diese Überlegungen zusammen, so muss man feststellen: Der Konvergenzprozess dürfte nicht auf Dauer zum Stillstand gekommen sein, wie dies eine einfache Fortschreibung der Entwicklungen der letzten Jahre implizieren könnte; er wird sich aber auch nicht so beschleunigen, dass schon kurzfristig mit einer Angleichung der Produktivitäten zu rechnen wäre. Einige simple Überlegungen mögen dies verdeutlichen: Um innerhalb der nächsten 10 Jahre das westdeutsche Produktivitätsniveau zu erreichen, müsste – ausgehend von den aktuellen Produktivitätsrelationen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung – das Produktivitätswachstum in den neuen Ländern um 4,2% jährlich höher liegen als in Westdeutschland. Angesichts der derzeitigen Wachstumsschwäche in den neuen Ländern und den historischen Erfahrungen der Vergangenheit ist es wenig wahrscheinlich, dass dies erreicht werden kann. Selbst ein Produktivitätswachstum, das um 2 Prozentpunkte über dem westdeutschen Wert liegt und einen Gleichstand bei der Produktivität in den nächsten 20 Jahren ermöglichen würde, ist ein ehrgeiziges Ziel.

Ein nur langsamer Konvergenzprozess auf gesamtwirtschaftlicher Ebene schließt jedoch nicht aus, dass auf regionaler Ebene eine schnellere Produktivitätsangleichung stattfinden kann. Dies bedeutet, dass die regionalen Unterschiede künftig noch zunehmen werden. Freilich: Auch in Westdeutschland gibt es hinsichtlich des erreichten Produktivitätsniveaus eine beträchtliche regionale Differenzierung. Schon auf Ebene der einzelnen Bundesländer reicht die Spanne von 96% des gesamtdeutschen Durchschnitts (Saarland) bis 117%

(Hessen). Noch höher ist das Produktivitätsniveau in Hamburg (136%). Dies zeigt, dass der reine Ost-West-Vergleich immer weniger angemessen ist: Vergleichbar sind vielmehr Länder und Regionen, die sich hinsichtlich Wirtschaftsstruktur, Einwohnerdichte und Lage möglichst wenig unterscheiden.

Auch in sektoraler Hinsicht ist schließlich mit einer stärkeren Ausdifferenzierung zu rechnen, denn mit Blick auf internationale Erfahrungen ist damit zu rechnen, dass in einigen Branchen eher als in anderen ein Abbau regionaler Produktivitätsunterschiede stattfinden wird. Dies gilt vor allem dann, wenn das sektorale Produktivitätswachstum auch von Faktoren wie den agglomerationsbedingten Kostenvorteilen, der Einbindung in Unternehmensnetzwerke und damit erhöhter Diffusion von technischem Wissen oder der Akkumulation von Humankapital abhängig ist.

Dies alles gilt natürlich nur unter der Bedingung, dass gleichzeitig das derzeitige Beschäftigungsniveau aufrechterhalten oder sogar ausgebaut werden soll: Vorstellbar – und nicht einmal abwegig – ist ein Szenario, in dem durch Marktprozesse ein Abbau all jener Arbeitsplätze erzwungen wird, die eine unterdurchschnittliche Produktivität aufweisen, sodass schon allein aus statistischen Gründen die Durchschnittsproduktivität der dann verbleibenden Arbeitsplätze auf das westdeutsche Vergleichsniveau steigen würde. Dies kann vor allem dann geschehen, wenn die Lohnpolitik mit dem Ziel einer raschen Einkommensangleichung zum Westen hin die Löhne über das Maß hinaus anhebt, das für die Betriebe verkraftbar ist. Freilich wäre dann ein hohes Produktivitätsniveau nicht auch mit einem hohen Pro-Kopf-Einkommensniveau verbunden. Insoweit wäre das Konvergenzziel auch in diesem Fall verfehlt.

### ***Wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen***

Angesichts des – mit Blick auf das Konvergenzziel – wenig zufriedenstellenden Befunds stellt sich abschließend die Frage nach möglichen wirtschaftspolitischen Eingriffsmöglichkeiten.

Wenig zielführend scheint – unter dem Produktivitätsaspekt – eine unverändert fortgesetzte Förderung des Einsatzes von Sachkapital in den Unternehmen. Nur zu einem kleinen Teil nämlich ist die Produktivitätslücke auf eine geringe Kapitalintensität zurückzuführen. Eine durch Fördermaßnahmen angeregte Investitionstätigkeit würde daher zwar unter Umständen der Beschäftigungssituation zugute kommen, aber nur in geringem Maße zu Produktivitätssteigerungen beitragen können. Anders zu sehen ist dies lediglich, wenn Kapital-

subventionen dafür eingesetzt werden, die produktivitätsrelevanten strukturellen Defizite zu verringern, nämlich den Mangel an überregional orientierten sowie großen Unternehmen aus typischerweise produktivitätsstarken Branchen. Ein geeignetes Instrument, dieses Ziel zu erreichen, sind Investitionszuschüsse wie sie zum Beispiel im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ gewährt werden, da diese auf Neuansiedlungen von Unternehmen aus überregional orientierten Branchen in strukturell benachteiligten Regionen beschränkt werden können. Auch Kreditprogramme der KfW, die unter anderem auf eine Förderung des Wachstums mittelständischer Unternehmen abzielen, sind unter diesem Aspekt positiv zu bewerten.

Einen weiteren Schwerpunkt legt die Aufbaupolitik für die neuen Länder auf die Subventionierung von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten ostdeutscher Unternehmen. Ein Urteil darüber, inwieweit dies mit Blick auf die Überwindung der Produktivitätsschwäche sinnvoll ist, gestaltet sich allerdings schwierig. Zu berücksichtigen ist nämlich, dass es einen allgemeinen Rückstand an Wissenskapital und Innovationen in ostdeutschen Unternehmen nicht mehr gibt, auch wenn dies möglicherweise eben gerade auf die Förderung zurückzuführen ist. Hinzu kommt, dass ostdeutsche Unternehmen im Vergleich zu westdeutschen Unternehmen größere Schwierigkeiten haben, Innovationserfolge in Markterfolge umzusetzen. Dieses Defizit aber ist durch Hilfen für FuE nur schwerlich zu beheben.

Dies heißt nicht, dass es keinen Handlungsbedarf für die Wirtschaftspolitik in Ostdeutschland gäbe: Der Ausbau der Infrastruktur, die Schaffung günstiger Bedingungen für Schul- und Hochschulausbildung, die regionalpolitische Förderung strukturschwacher Regionen und die Schaffung günstiger Voraussetzungen für Existenzgründungen sind auch weiterhin dringliche Maßnahmen.<sup>17</sup> Die Möglichkeiten der Wirtschaftspolitik, zum Abbau der Produktivitätsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland beizutragen, dürfen aber nicht überschätzt werden.

Joachim Ragnitz  
(jrg@iwh-halle.de)

---

<sup>17</sup> Vgl. POHL, R.: Die unvollendete Transformation, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 8/2000.

## IWH-Thesen zur regionalen Strukturpolitik der EU in der Diskussion – Bericht über die Auftaktveranstaltung eines Brüsseler „Round Table on Regional Policy in Europe“

*Mit der EU-Osterweiterung wird eine Reform der EU-Regionalpolitik erforderlich sein. Für Deutschland und vor allem für die neuen Länder hat dies erhebliche Bedeutung, weil Ostdeutschland derzeit als sogenannte Ziel-1-Region die höchste Förderpriorität genießt. Das IWH hat Thesen zur Regionalpolitik in Europa vorgelegt, die bei der Auftaktveranstaltung eines Brüsseler „Round Table on Regional Policy in Europe“ präsentiert und diskutiert wurden.*

*Das IWH plädiert für einen deutlichen Umbau der europäischen Regionalpolitik, der vor allem in einer Konzentration auf die Ziel-1-Förderung und einem Verzicht auf die Ziel-2- und -3-Förderung sowie auf den Kohäsionsfonds zum Ausdruck kommen sollte. Die meisten der bisherigen Ziel-1-Regionen werden in einer erweiterten EU aus der Förderung herausfallen; für diese Regionen sollte nach 2006 keine neue Sonderförderung eingeführt werden, vielmehr sollte ein „phasing out“ der Förderung erfolgen. Weiterhin wird vorgeschlagen, die Fördermittel stärker als bisher auf die regionalen Wachstumspole zu konzentrieren und auch die Einnahmeseite des EU-Haushalts in den Dienst der Regionalpolitik zu stellen.*

*Von Teilnehmern der „Round-Table“-Veranstaltung wurden andere Positionen vertreten. So wurde die Förderung für die wohlhabenderen Mitgliedstaaten (Ziel-2- und -3-Programme) als unverzichtbar eingestuft. Für die derzeitigen Ziel-1-Regionen sollte nach 2006 eine Sonderförderung eingeführt werden, die EU-Mittel sollten nicht nur Regionen in den Beitrittsländern zugute kommen. Auch der Vorschlag der regionalen Konzentration des Mitteleinsatzes wurde reserviert aufgenommen. Die begonnene Diskussion über die EU-Regionalpolitik wird in der nächsten Zeit weiter gehen müssen; das IWH wird hierzu weitere Beiträge vorlegen.*

Es ist davon auszugehen, dass es im Zuge der EU-Osterweiterung zu einer Reform der europäischen Regionalpolitik kommen muss, weil sich bei einer Fortgeltung der heutigen Regelungen der Kreis der Regionen, die Hilfen aus Brüssel beanspruchen können, erheblich verändern würde. Die Diskussion über dieses Thema hat sich in der jüngsten Zeit verstärkt, nachdem die EU ihren

zweiten Kohäsionsbericht und der deutsche Bundeskanzler seine Überlegungen zur Zukunft Europas vorgelegt haben. Für Deutschland und vor allem für die neuen Länder hat die EU-Regionalpolitik eine ganz erhebliche Bedeutung, weil Ostdeutschland derzeit als sogenannte Ziel-1-Region die höchste Förderpriorität genießt und EU-Mittel in erheblicher Höhe den Aufbau der ostdeutschen Wirtschaft unterstützen sollen. Auch das IWH hat sich in die Diskussion eingeschaltet und Thesen zur regionalen Strukturpolitik in Europa vorgelegt. Die Thesen wurden am 8. Mai 2001 bei der Auftaktveranstaltung des „Round Table on Regional Policy in Europe“ präsentiert und diskutiert. Dieser „Round Table“ wird auf Initiative der Europa-Vertretungen von Sachsen-Anhalt, Galicien, Murcia und Schleswig-Holstein sowie der Schottischen Executive und der Polnischen Vertretung bei der EU veranstaltet und soll als Forum dienen, um unterschiedliche Sichtweisen über die Reform der EU-Regionalpolitik auszutauschen.

Die Grundposition des IWH wurde bereits in einem früheren Beitrag erläutert.<sup>18</sup> Verschiedene Details des IWH-Vorschlags zur EU-Regionalpolitik müssen noch konkretisiert werden, zudem ist der IWH-Vorschlag nicht als abschließende Stellungnahme zu verstehen, sondern als ein erster Schritt, die politische wie wissenschaftliche Diskussion auf die zentralen Reformaspekte zu fokussieren. Vor diesem Hintergrund besteht das Anliegen des vorliegenden Artikels darin, Argumente und Gegenargumente für diese zentralen Reformaspekte zu dokumentieren. Im Folgenden werden deshalb zunächst die vom IWH in Brüssel präsentierten Thesen vorgestellt. Anschließend werden die wichtigsten Einwände gegen die IWH-Thesen dokumentiert, die im Rahmen der „Round-Table“-Veranstaltung diskutiert wurden. Auf eine inhaltliche Auseinandersetzung mit diesen Einwänden wird bewusst verzichtet, um deutlich zu machen, dass die Diskussion derzeit noch nicht abgeschlossen ist. Das IWH wird sich an dieser Diskussion weiter beteiligen.

---

<sup>18</sup> Vgl. GABRISCH, H.; RAGNITZ, J.: Regionale Strukturpolitik in einer erweiterten EU: Ein Reformvorschlag, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 6/2001, S. 143-147.

## ***IWH plädiert für deutlichen Umbau der europäischen Regionalpolitik***

Das vom IWH beim „Round Table“ vorgestellte und im Rahmen der Veranstaltung diskutierte Thesenpapier hat den folgenden Inhalt:<sup>19</sup>

### ***(1) Zuständigkeit der EU im Bereich der Regionalpolitik beschränken***

- Durch die EU-Osterweiterung wird es aufgrund der bestehenden Regelungen zum Ausscheiden von Regionen aus der Ziel-1-Förderung kommen, weil durch den Beitritt der neuen Mitglieder das durchschnittliche Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in der Gemeinschaft zurückgehen und mithin eine Reihe von Regionen nicht mehr das gegenwärtige Kriterium der Förderfähigkeit (Pro-Kopf-BIP unter 75% des EU-Durchschnitts) erfüllen wird. Laut EU-Kohäsionsbericht würde sich bei Anwendung dieses Kriteriums der Anteil der Bevölkerung innerhalb der EU-15, die unter dem Ziel-1 förderfähig ist, an der Gesamtbevölkerung in einer EU mit 27 Mitgliedstaaten mehr als halbieren. Für die ausscheidenden Regionen, deren wirtschaftliche Problemlage unverändert fortbesteht, bedeutet der Rückzug der EU eine unsichtbare Rückverlagerung der regionalpolitischen Zuständigkeiten auf die Nationalstaaten oder Regionen. Wegen der unverändert gegebenen regionalwirtschaftlichen Probleme und zur Förderung der Akzeptanz der EU durch die Bevölkerung der betroffenen Regionen ist es zu befürworten, den Abbau der EU-Förderung für diese Regionen zeitlich zu staffeln („phasing out“).
- Die EU sollte auf die Zuständigkeit für die Ziel-2- und -3-Förderung und auf den Kohäsionsfonds verzichten. Die Ziel-2-Fördergebiete sind Problemregionen auf der sogenannten NUTS-III-Ebene (die in Deutschland der Kreisebene entspricht), die innerhalb von vergleichsweise wohlhabenden sogenannten NUTS-II-Regionen (die in Deutschland den Regierungsbezirken und teilweise den Ländern entsprechen) liegen. Es gibt keine überzeugenden Argumente dafür, dass eine solche kleinräumige Förderung von der EU übernommen werden muss. Auch der Kohäsionsbericht kritisiert die Ziel-2-Förderung wegen des „hohen Zerstreuungsgrades“ der geförderten Regionen. Die Ziel-3-Förde-

rung ist ein sogenanntes horizontales Förderziel, d. h. es umfasst die Ebene der Nationalstaaten (sofern sie nicht Ziel-1- oder Ziel-2-Gebiet sind) und Maßnahmen zur Anpassung der Arbeitnehmer an den strukturellen Wandel (Bildung und Qualifizierung) sowie zur Förderung von Problemgruppen am Arbeitsmarkt. Die Zuständigkeit für solche Maßnahmen sollte besser auf der nationalen oder regionalen Ebene angesiedelt sein, weil die Nutzen dieser Maßnahmen überwiegend regional begrenzt sind. Der Kohäsionsbericht weist in diesem Zusammenhang auch auf das Übergewicht der nationalen Beschäftigungspolitik hin, das die Ziel-3-Förderung der EU erschwere. Schließlich bedeutet die Ziel-3-Förderung eine Mittelumverteilung zugunsten der eher wohlhabenden Mitgliedstaaten. Der Kohäsionsfonds dient der Finanzierung von Maßnahmen in den Bereichen des Umweltschutzes und der transeuropäischen Infrastrukturnetze, und zwar in Mitgliedstaaten, deren Pro-Kopf-BIP weniger als 90% des EU-Durchschnitts beträgt. Die Finanzierung solcher Maßnahmen ist auch im Rahmen der Ziel-1-Förderung möglich. Zudem gibt es kein überzeugendes Argument dafür, im Rahmen des Kohäsionsfonds pauschal das BIP der Mitgliedstaaten zugrunde zu legen.

- Die freigesetzten Mittel aus der Ziel-2- und -3-Förderung sowie aus dem Kohäsionsfonds sollten in voller Höhe für die nach der Osterweiterung vermutlich erforderliche Ausweitung der Mittel für die Ziel-1-Förderung eingesetzt werden.

### ***(2) Zielorientierung beim Einsatz der regionalpolitischen Instrumente erhöhen***

- Die heutige Konzentration der EU-Regionalpolitik auf die grundlegenden Wachstumsfaktoren Infrastruktur und Humankapital ist zu begrüßen, weil durch sie die Voraussetzungen für ein regionales Wirtschaftswachstum verbessert werden können, auch wenn Teile des geschaffenen Humankapitals möglicherweise aus den Förderregionen abwandern. Allerdings sind die Wachstumseffekte erst längerfristig zu erwarten, sodass auch direkte Beihilfen für die Unternehmen zur Förderung der Innovationstätigkeit und der Modernisierung des Sachkapitalbestands zweckmäßig sein können, mit denen kurzfristigere Effekte erzielt werden können. Aufgrund der Erfahrungen mit der Unternehmensförderung in Ostdeutschland erscheint es dabei vorteilhaft, die Beihilfenvergabe zeitlich

<sup>19</sup> Modifizierte Version des ursprünglichen Thesenpapiers, die im Wesentlichen der mündlichen Präsentation entspricht. Die These (4) konnte aus zeitlichen Gründen nicht präsentiert und diskutiert werden.

zu befristen, keinen Rechtsanspruch auf Beihilfe einzuführen und die Förderhöchstsätze nicht zu hoch anzusetzen.

- Eine wirtschaftliche Begünstigung der Beitrittsländer kann auch ohne den Einsatz von Finanzmitteln erfolgen. So sollten die Beitrittsländer zwar die EU-Umweltstandards übernehmen, es sollten ihnen aber Übergangsfristen bis zur Realisierung der Standards zugestanden werden.

### **(3) Neuabgrenzung der Förder-Regionen:**

#### ***Stärkere Konzentration auf die Wachstumspole***

- Das gegenwärtig im Rahmen der EU-Regionalpolitik zur Abgrenzung der Förderwürdigkeit einer Region verwendete Kriterium BIP je Einwohner erscheint grundsätzlich besser als komplexere Indikatoren, wie sie z. B. im Rahmen der deutschen „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ („GRW“) Anwendung finden.
- Nach den Erfahrungen in Ostdeutschland ist eine flächendeckende Förderung von wirtschaftsschwachen Regionen in Anbetracht knapper Budgetmittel nicht die optimale Kohäsionsstrategie. Besser erscheint es, die Mittel (für Subventionen an die gewerbliche Wirtschaft sowie für den Ausbau der Infrastruktur) innerhalb der NUTS-II-Regionen räumlich konzentriert einzusetzen, und zwar zugunsten der jeweiligen regionalen Wachstumspole (Teilräume mit dem größten Wachstumspotential, zumeist sind dies die größeren Ballungszentren mit ihrem Umland). Hiervon sind räumliche Ausbreitungseffekte zu erwarten, durch die auch in der Fläche die territoriale Kohäsion gefördert werden kann. Im Rahmen der regionalen Programmplanungen ist zwar auch heute bereits eine räumliche Konzentration möglich, sie ist aber nicht zwingend vorgeschrieben. Die EU sollte die Mittelkonzentration für die Mitgliedstaaten oder ihre Regionen künftig obligatorisch machen. Dabei sollte die Festlegung der zu fördernden Wachstumspole im Ermessen der Mitgliedstaaten oder ihrer Regionen liegen. Um Missverständnissen vorzubeugen: Der Vorschlag der räumlichen Konzentration auf die Wachstumspole bedeutet nicht, dass die anderen Teilräume gar keine EU-Fördermittel mehr erhalten sollten, in abgestufter Form ist auch für sie weiterhin eine Förderung vorzusehen.
- Da die Regionalpolitik in den bisherigen Mitgliedstaaten nach dem Rückzug der EU mit weniger Mitteln auskommen muss, stellt sich die

Frage, ob hier die regionale Wirtschaftsförderung in den schwächsten Regionen weiterhin flächendeckend eingesetzt werden oder auf die Wachstumspole innerhalb der schwächsten Regionen konzentriert werden sollte. Nach den speziell in Sachsen-Anhalt gemachten Erfahrungen mit der flächendeckenden Förderung spricht vieles dafür, zukünftig auch im Rahmen der nationalen Regionalpolitik und zumindest für die neuen Länder eher eine Mittelkonzentration anzustreben.

### **(4) Übertragung regionalpolitischer Aufgaben auf das EU-Einnahmensystem**

Durch einen Umbau des bisherigen Systems der heutigen proportional erhobenen Beiträge der Mitgliedstaaten an die EU-Ebene in Richtung auf eine progressive Belastung des BIP der einzelnen Mitgliedstaaten sollte längerfristig versucht werden, die ärmeren Mitgliedstaaten finanziell zu entlasten und ihnen die Möglichkeit einzuräumen, mit den frei werdenden Mitteln die eigene Wirtschaftsstruktur zu verbessern.

#### ***Beschränkung der EU-Förderung auf Ziel-1-Programme und räumliche Konzentration der Förderung werden reserviert aufgenommen***

Die Thesen des IWH haben bei den Teilnehmern des „Round Table“ für ein lebhaftes Echo gesorgt. Dabei konzentrierte sich die Diskussion auf die Thesen (1) und (3):

Zunächst wurde hinsichtlich der These (1) die Auffassung vertreten, dass die Konsequenzen der EU-Osterweiterung für die regionale Wirtschaftspolitik möglicherweise für eine Übergangszeit nur moderat ausfallen könnten. Wenn vorerst nur eine kleinere Anzahl von relativ wohlhabenden Ländern der EU beitreten sollte, so müssten keine bisherigen Ziel-1-Regionen aus der Förderung herausfallen. So hat etwa Slowenien ein etwas höheres Pro-Kopf-BIP als Griechenland. Das Land ist klein und hat deshalb nur einen minimalen Effekt auf das durchschnittliche BIP in der EU. Tschechien hat zwar ein etwas niedrigeres Pro-Kopf-BIP, ist aber ebenfalls ein kleines Land.

Grundsätzlich wurde zwar die vorgeschlagene Konzentration der EU-Regionalpolitik auf das Ziel 1 als ein durchaus interessanter Vorschlag angesehen, der die Konzentration der EU-Politik auf wenige Ziele, die bereits im Rahmen der Agenda 2000 stattgefunden hat, weiter fortführen könnte. Gegenpositionen wurden jedoch zu den mit diesem Vorschlag verbundenen Überlegungen des IWH zur Renationalisierung der Regionalpolitik einge-



nommen. Europäische Regionalpolitik wäre als ein wesentlicher Bestandteil des europäischen Gesellschaftsmodells anzusehen, weil ohne eine Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit die ärmeren Regionen von den Vorteilen des Binnenmarktes ausgeschlossen bleiben würden. Erst wenn die mit der Regionalpolitik angestrebten Ziele für eine Region erreicht wären, sollte ihre Förderung durch die EU eingestellt werden, denn selbstverständlich dürfte die Förderung nicht als ein „Besitzstand“ einer Region aufgefasst werden, sondern als „Hilfe zur Selbsthilfe“.

Weil die Effekte der Regionalpolitik immer erst langfristig wirksam werden könnten, wurde dafür plädiert, für die jetzigen Ziel-1-Regionen auch über 2006 hinaus eine Förderung durch die EU vorzusehen. Wegen der enormen Entwicklungsunterschiede zwischen den EU-15 und den Beitrittsländern wäre dies nur auf die Weise zu realisieren, indem zwei Kategorien von wirtschaftlich benachteiligten Regionen gebildet würden: Eine Kategorie sollte alle bisherigen Ziel-1-Regionen umfassen, die andere die Regionen mit Entwicklungsproblemen in den Beitrittsländern.<sup>20</sup> Von anderen Teilnehmern wurde der Vorschlag favorisiert, den jetzigen Schwellenwert für die Ziel-1-Förderung von 75% des durchschnittlichen Pro-Kopf-BIP in der EU zu erhöhen, damit die jetzigen Ziel-1-Regionen auch zukünftig noch Förderregionen bleiben könnten.<sup>21</sup> Bei diesen Vorschlägen blieb offen, für welchen Zeitraum die favorisierten Regelungen gelten sollten.

Auch die regionalen Strukturprobleme in den wohlhabenderen Mitgliedstaaten müssten nach Auffassung von Diskussionsteilnehmern auf der EU-Ebene Berücksichtigung finden: die räumlichen Unterschiede innerhalb von wohlhabenden Regionen, etwa bei der Beschäftigung oder beim Umweltschutz, wären durchaus von europäischem Interesse. Die Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik wären nicht nur von großer Bedeutung für die regionale Entwicklung, sondern auch Bereiche, für welche die EU mitverantwortlich sein müsste. Die Erfolge der EU-Förderung im Bildungsbereich könnten für einige Regionen sehr deutlich belegt werden. Demgemäß sollten die Ziel-2- und -3-Förderungsprogramme nicht abgeschafft werden. Eine

solche Abschaffung könnte auch mit den bestehenden vertraglichen Bestimmungen kollidieren. Andere Diskussionsteilnehmer unterstützten tendenziell die IWH-Position, indem sie betonten, dass die EU-Mittel auf die bedürftigsten Regionen und die vordringlichsten Aufgaben der EU konzentriert werden müssten.

In Bezug auf die These (3) des IWH wurde von den Diskussionsteilnehmern angemerkt, dass eine räumliche Konzentration im Rahmen der regionalen Wirtschaftspolitik eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein müsste. Ob allerdings die Teilräume mit dem jeweils höchsten Wachstumspotential innerhalb von NUTS-II-Regionen besonders stark gefördert werden sollten, war strittig. Es wurde dafür plädiert, dass es auf keinen Fall ins Ermessen der EU gestellt werden sollte, die Regionen auszuwählen, denen eine besonders starke Förderung zugute kommen soll.

*Martin T. W. Rosenfeld*  
(mrd@iwh-halle.de)

---

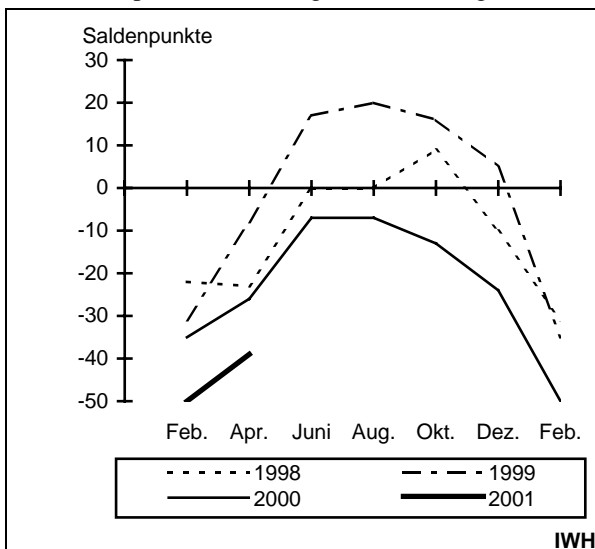
<sup>20</sup> Diese Vorstellungen entsprechen der sogenannten „Option 4“, die im EU-Kohäsionsbericht als eine Möglichkeit der zukünftigen Gestaltung der europäischen Regionalpolitik skizziert wird.

<sup>21</sup> Dies entspricht der im EU-Kohäsionsbericht sogenannten „Option 3“ für die zukünftige Gestaltung der regionalen Strukturpolitik in der EU.

## Ostdeutsches Baugewerbe im April 2001: Frühjahrsbelebung von niedrigem Niveau aus

Das Geschäftsklima im ostdeutschen Baugewerbe hat sich zwar gegenüber Jahresbeginn saisonüblich gebessert, bei der anhaltend sinkenden Nachfrage bedeutet dies jedoch nur eine weniger schlechte Gesamtlage. Nicht einmal der bereits äußerst niedrige Stand vom Vorjahr wird erreicht. Das ergab die Baumfrage des IWH unter 300 ostdeutschen Bauunternehmen im Monat April. Etwa die Hälfte der befragten Unternehmen schätzt die aktuelle Geschäftslage mit „eher schlecht“ ein, ein Fünftel bezeichnet sie sogar mit ausgesprochen „schlecht“. Nur 23% der Unternehmen stufen das aktuelle Baugeschäft mit „eher gut“ und 8% mit „gut“ ein.

Abbildung 1:  
Entwicklung der Geschäftslage im ostdeutschen Baugewerbe  
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -



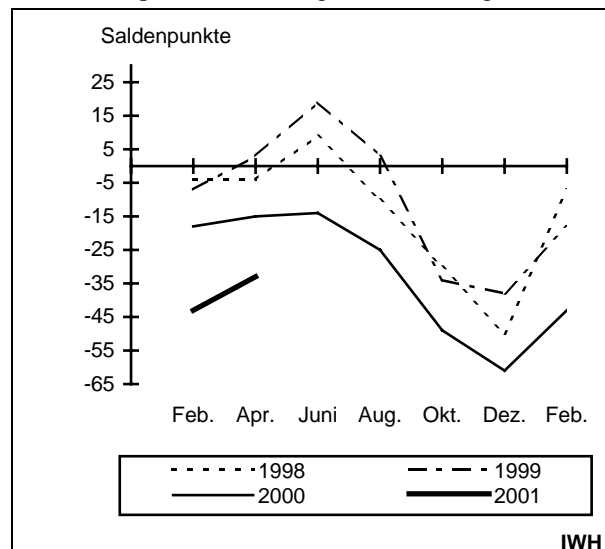
Quelle: IWH-Baumfragen.

Angespannt bleibt die Situation vor allem im Bauhauptgewerbe. Der extrem niedrige Befragungswert für die Geschäftslage vom Vorjahr wird hier um nochmals zwölf Saldenpunkte unterschritten, bei den Geschäftsaussichten um 15. Damit hält bei zwei Dritteln der Befragten des Bauhauptgewerbes auch für die Zeit bis zum Sommer die gedrückte Stimmung an. Dagegen fällt der Anteil der Pessimisten im Ausbaubereich mit etwa sechs Zehnteln nicht ganz so extrem aus. Gleichwohl ist der saisonbedingte Aufwind auch hier eher schwach. Wegen der nachlassenden Nachfrage nach Modernisierungsleistungen am Gebäu-

debestand werden die entsprechenden Vorjahreswerte recht deutlich unterschritten.

Der anhaltende Stimmungsabfall reflektiert die Marktsignale, die in Form von Leerständen sowie eines andauernden Preisdrucks bei Mieten und Bauleistungen erkennen lassen, dass die entstandenen Angebotsüberhänge im Zuge der zurückliegenden Bauexpansion noch lange nicht abgebaut sind. Die Deutlichkeit, mit der sich diese Umfrageergebnisse vom Vorjahr unterscheiden, lässt für das erste Halbjahr 2001 einen nochmals kräftigen Anpassungsschub nach unten erwarten. Die leichten Nachfrageimpulse aus dem Verarbeitenden Gewerbe sowie von der öffentlichen Hand im Hoch-

Abbildung 2:  
Entwicklung der Geschäftsaussichten im ostdeutschen Baugewerbe  
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -



Quelle: IWH-Baumfragen.

und sonstigen Tiefbau reichen derzeit nur aus, um die allgemeine Abwärtstendenz im Baubereich zu mildern. So blieben die Auftragseingänge in den ersten drei Monaten dieses Jahres unter Ausschluss der Saisoneinflüsse mit real 8% Verlusten insgesamt immer noch stark rückläufig. Insbesondere im Wohnungsbau, im gewerblichen Tiefbau und im Straßenbau fiel die Nachfrage im Vergleich zu den letzten Monaten des vergangenen Jahres überdurchschnittlich hoch aus. Aus heutiger Sicht wird die marktberichtigende Strukturanpassung im Baubereich wohl nur wenig an Kraft verlieren.

Brigitte Loose (blo@iwh-halle.de)

Tabelle :

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfrage im ostdeutschen Baugewerbe – April 2001

- Vergleich zum Vorjahreszeitraum und zur Vorperiode -

Gruppen/Wertungen	gut (+)			eher gut (+)			eher schlecht (-)			schlecht (-)			Saldo		
	Apr 00	Feb 01	Apr 01	Apr 00	Feb 01	Apr 01	Apr 00	Feb 01	Apr 01	Apr 00	Feb 01	Apr 01	Apr 00	Feb 01	Apr 01
	- in % der Unternehmen der jeweiligen Gruppe <sup>a</sup> -														
Geschäftslage															
<b>Baugewerbe insgesamt</b>	<b>8</b>	<b>4</b>	<b>8</b>	<b>29</b>	<b>21</b>	<b>23</b>	<b>51</b>	<b>50</b>	<b>49</b>	<b>12</b>	<b>25</b>	<b>20</b>	<b>-26</b>	<b>-50</b>	<b>-39</b>
<b>Zweige/Sparten</b>															
Bauhauptgewerbe darunter <sup>b</sup>	8	4	6	26	18	21	52	51	51	14	27	22	-34	-57	-46
Hochbau	10	2	5	27	16	22	48	54	52	15	28	21	-28	-64	-47
Tiefbau	3	6	6	24	20	20	62	48	52	12	26	23	-47	-48	-49
Ausbaugewerbe	9	6	13	35	28	25	48	45	45	8	21	17	-13	-32	-23
<b>Größengruppen</b>															
1 bis 19 Beschäftigte	11	7	13	24	19	24	45	40	38	21	33	24	-31	-47	-25
20 bis 249 Beschäftigte	7	3	7	32	21	22	51	51	53	10	25	18	-21	-52	-43
250 und mehr Beschäftigte	7	10	0	31	30	33	62	60	50	0	0	17	-23	-20	-33
<b>Statusgruppen</b>															
Bauindustrie															
Privatisierte															
Unternehmen	4	2	1	23	20	23	62	56	53	11	22	23	-46	-54	-52
Neugründungen	5	4	11	38	21	26	42	46	46	15	29	17	-14	-50	-26
Bauhandwerk	13	8	14	25	21	17	48	43	49	14	27	20	-25	-41	-37
Geschäftsaussichten															
<b>Baugewerbe insgesamt</b>	<b>9</b>	<b>3</b>	<b>7</b>	<b>34</b>	<b>26</b>	<b>27</b>	<b>49</b>	<b>52</b>	<b>48</b>	<b>9</b>	<b>19</b>	<b>18</b>	<b>-15</b>	<b>-43</b>	<b>-33</b>
<b>Zweige/Sparten</b>															
Bauhauptgewerbe darunter <sup>b</sup>	8	3	6	30	21	25	51	56	49	11	20	20	-23	-51	-38
Hochbau	10	3	6	31	21	26	49	55	47	11	21	21	-20	-52	-35
Tiefbau	5	3	4	30	21	23	54	56	53	11	20	20	-30	-51	-46
Ausbaugewerbe	10	2	9	40	36	30	45	45	47	5	17	14	1	-25	-22
<b>Größengruppen</b>															
1 bis 19 Beschäftigte	12	6	10	32	27	26	40	46	44	17	21	20	-13	-34	-28
20 bis 249 Beschäftigte	9	1	7	37	26	27	48	52	48	6	21	18	-8	-46	-33
250 und mehr Beschäftigte	8	10	0	23	20	33	69	70	50	0	0	17	-38	-40	-33
<b>Statusgruppen</b>															
Bauindustrie															
Privatisierte															
Unternehmen	3	1	0	32	21	27	55	59	53	10	19	20	-29	-56	-46
Neugründungen	9	4	10	37	26	26	40	57	48	15	13	15	-10	-41	-27
Bauhandwerk	17	3	13	36	32	28	41	42	39	6	24	20	5	-32	-18

<sup>a</sup> Summe der Wertungen je Umfrage gleich 100 - Ergebnisse gerundet. – <sup>b</sup> Hoch- und Tiefbau werden als Darunterposition ausgewiesen, da ein Teil der an der Umfrage beteiligten Unternehmen keiner dieser Sparten eindeutig zugeordnet werden kann.

Quelle: IWH-Baumfragen.